

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und in durch die
Expedition, Rens Graupnerstr. 1/4,
und durch Postbestellung zu beziehen.
Wochensatz 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50,
frei ins Haus 2.92,
wo keine Post am Orte, 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Redaktionsadresse: Rens Graupnerstr. 1/4, Breslau.
Telephon 1206.
Expedition 1206.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 232.

Breslau, Freitag, den 4. Oktober 1912.

28. Jahrgang

Ein Sieg in Ohio.

Sozialistische Gegenwartsforderungen in einer
Staatsverfassung festgelegt.

Am 3. September fand in dem nordamerikanischen Staat Ohio die Abstimmung über die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen statt. Mit dem Resultat dieses Volksvotums können die Arbeiter nach Lage der Dinge sehr zufrieden sein, denn alle Forderungen, an denen sie besonders interessiert waren, sind mit sehr großen Mehrheiten akzeptiert worden.

Der Staat Ohio zählt zu den industriereichsten Gebieten der Union, ist etwa so groß wie Bayern, Württemberg und Baden zusammen und hat fünf Millionen Einwohner. Der für das arbeitende Volk so günstige Ausgang der Verfassungsrevision wird sicherlich in den anderen Staaten eine gute Wirkung ausüben und zur Nachahmung anspornen. Die überaus günstige Aufnahme der Arbeiterforderungen stellt dem sozialen Verständnis der Bürgerschaft das beste Zeugnis aus. Durch die neue Verfassung rückt Ohio mit an die Spitze der fortschrittlichsten Staaten.

Nur die allerwichtigsten der in das Staatsgrundgesetz aufgenommenen Forderungen des Klassenbewussten Proletariats seien hier angeführt. Vor allem verdient die Einführung des Referendums und der Initiative erwähnt zu werden. Dadurch hat das stimmfähige Volk die Macht und die Möglichkeit erhalten, selbst wichtige und notwendige Gesetze zu schaffen und eine nicht in zufriedenstellender Weise handelnde Legislative zu zwingen, die Gesetze der Volksabstimmung zu unterbreiten. Künftig muß ein Antrag auf Abänderung der Verfassung zur Abstimmung kommen, wenn 10 Prozent der stimmberechtigten Bürger es in einer Petition verlangen. Das 10. Amendement der neuen Verfassung gestattet die Schaffung humanitärer und sozialer Gesetze, die durch die industrielle Entwicklung nötig werden können, wie die Verbesserung des Arbeitsverhältnisses der lohnarbeitenden Männer, Frauen und Kinder. Sie wurden aber zum guten Teil durch die Gerichte als verfassungswidrig erklärt, weil eine ihre Rechtmäßigkeit ausdrücklich erklärende Bestimmung in der Verfassung fehle. Auf Grund dieses Amendements kann die Legislative die Arbeitszeit gesetzlich festlegen, einen Minimallohn bestimmen und sonstige Gesetze votieren, die Gesundheit, Wohlfahrt und Sicherheit der Arbeiter verlangen. Gegen dieses Amendement besonders heftig die besitzende Klasse und die kapitalistischen Organe ihre Agitation gerichtet. Sie schreiben ihm die Zerstörung der Gesellschaft und eine revolutionäre Wirkung zu.

Eine überaus wichtige Verbesserung für das „Land ohne Unfallversicherung“ bringt das elfte Amendement. Es bestimmt, daß Arbeiter, die bei ihrer Berufstätigkeit verletzt oder von einer Berufskrankheit befallen werden, sowie die von einem getöteten, berufsfranken oder verletzten Arbeiter abhängigen Personen eine Unterstützung zu erhalten haben aus einem Fonds der Industrien des Staates. Der Fonds steht unter der Verwaltung und Kontrolle des Staates. Diese Neuerung kann nicht hoch genug bewertet werden, denn sie beseitigt die Hindernisse, die es bisher der Legislative unmöglich machten, ein wirksames Unfallversicherungs- oder Haftpflichtgesetz zustande zu bringen und schafft die Möglichkeit, den Unternehmern des Staates obligatorische Beiträge für einen Fonds aufzuerlegen, aus dem in Zukunft die verletzten oder berufsfranken Arbeiter und ihre Angehörigen zu unterstützen sind.

Ein anderes Amendement führt den Achtstundentag für alle an öffentlichen Arbeiten beschäftigten Personen ein und schafft die Gefangenearbeit ab. Durch eine andere Bestimmung wird die Ursache der lauten Klagen der tätigen Gewerkschaften beseitigt. Sie sieht die Schaffung von Gesetzen vor, die das Prozeßverfahren wegen Mißachtung richterlicher Entscheidungen regulieren, und beschränken das Strafrecht des Richters in derartigen Fällen (Einhaltsbefehle). Von nun an darf kein Einhaltsbefehl erlassen werden in Streitfällen, die in dem Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern ihre Ursache haben, es sei denn, daß persönliches Eigentum vor Zerstörung oder Beschädigung zu schützen ist. Wird aber entgegen diesen Bestimmungen ein Verfahren wegen Mißachtung eines Einhaltsbefehls eingeleitet, so muß dem Beteiligten, wenn er es verlangt, ein Prozeß vor einem Geschworenengericht gestattet werden.

Das vierzigste Amendement gibt den Städten das Recht der Selbstverwaltung (Home-rule). Fortan können sie nach eigenem Ermessen eine Verwaltungsform wählen und ihre öffentlichen Dienste einrichten und verwalten, wie sie es für gut halten.

Gegen diese Amendements richtet sich vor allem der Widerstand der Unternehmer-Assoziation und der Handelskammer. Daß sie Zeit, Mittel und Kräfte umsonst vergeudet haben, beweist die Annahme dieser beantragten Neuerungen durch eine starke Mehrheit der Bürger.

Vor der Entscheidung!

Rüstungen und Beruhigungen.

Neben der Beruhigung, die aus dem allgemeinen Dalles der vier Nachbarstaaten hervorgeht, fühlt auch die deutsche Regierung das Bedürfnis, einige Pulver zur Befestigung der Gemüter abzugeben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Angebliche oder wirkliche türkische Mobilmachungsmaßnahmen haben den Balkanstaaten Grund oder Vorwand zur Mobilmachung ihrer Streitkräfte gegeben. Ob es sich nur um einen Gegenzug gegen die türkischen Vorbereitungen oder um ernsthafte Kriegsabsichten handelt, läßt sich zurzeit mit Bestimmtheit nicht erkennen. Unter allen Umständen haben die von den Balkanregierungen ergriffenen Maßnahmen die Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes mit der Türkei näher getückt. Die Bemühungen der Mächte, den Frieden zu erhalten, dauern fort. Wie sehr es aber auch zu bedauern wäre, wenn diese Bemühungen erfolglos blieben, so ist doch auch in diesem Falle für die deutschen Interessen ein Anlaß zu unmittelbarer Beunruhigung nicht gegeben. Dies ist um so weniger der Fall, als mit Bestimmtheit zu hoffen ist, daß der etwaige Konflikt auf seinen Herd beschränkt bleiben werde. Die letzten Ereignisse haben, wie gesagt, die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts erhöht. Mit der Möglichkeit eines solchen mußten die europäischen Kabinette aber schon seit geraumer Zeit rechnen. Sie haben daher auch alle Zeit gehabt, sich unter einander über ihre Stellung zu einer solchen Eventualität auszusprechen. Bei dem festen Willen aller Mächte, die Ausdehnung eines Konfliktes hinauszuhalten, kann eine endgültige Verständigung nicht ausbleiben. Wenn also auch die nahe Möglichkeit eines Zusammenstoßes auf dem Balkan nicht von der Hand zu weisen ist, so darf doch unversichtlich erhofft werden, daß eine weitergehende Konflagration, in die die europäischen Großmächte hineingezogen werden könnten, vermieden werde.

Diese offiziöse Darstellung entspricht im allgemeinen der Auffassung der Sachlage, die bisher von der sozialdemokratischen Presse vertreten worden ist. Der Balkankrieg bringt noch keine unmittelbare Kriegsgefahr für Europa. Wenn die Großmächte entschlossen sind, keinen Schritt zu unternehmen, der nicht die uneingeschränkte Billigung aller übrigen findet, andererseits die strengste Neutralität zu wahren, dann wird sich das Unwetter am Balkan ausstoben, die weiter fortgeschrittenen Länder Europas werden aber von seinen Verheerungen verschont bleiben. Es liegt also kein Grund vor, dem an die Wand gemalten Schreckgespenst des Weltkrieges in Kasandrastimmung entgegenzutreten: „Das Verhängte muß geschehen, das Gefürchtete muß nahen!“ Sondern die entsetzliche Gefahr kann abgewendet werden, wenn die Völker in klarer Erkenntnis der Sache sich von dem festen Entschluß durchdringen lassen, ihr zu wehren.

Die Rüstungen.

Konstantinopel, 2. Oktober. Der Ministerrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, den Großmächten die erfolgte Mobilmachung der türkischen Armee mitzuteilen, jedoch mit der Befugnis, daß die Mobilmachung als notwendige Verteidigungsmaßregel zu betrachten sei. Die Türkei sei zwar festlich gefasst, aber entschlossen, jeden Angriff geistig zurückzuweisen. Alle Parteien beschloßen, zu erklären, daß sie einhellig die Regierung unterstützen werden.

Sofia, 2. Oktober. Die Sobranje ist zum 5. Oktober zu einer außerordentlichen Session einberufen, um den im Lande proklamierten Belagerungszustand zu sanktionieren und die durch die Mobilmachung der Armee notwendig gewordenen außerordentlichen Ausgaben zu bewilligen.

Erzincje, 2. Oktober. Eine Extraausgabe des „Amtsblattes“ von Cetinje bearbeitet die Mobilmachung der gesamten Armee mit den unaußerordentlichen Grenzwirtschaften und der Anhebung der türkischen Truppen längs der montenegrinischen Grenze. Dieser wichtige Schritt, betont die Mitteilung, ist in diesen ersten Verhältnissen ein Mittel zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Wahrung der nationalen und der internationalen Interessen. Der Mobilmachungsbescheid und seine Begründung wurde den Vertretern der Großmächte mitgeteilt.

Der Oberbefehlshaber.

Berlin, 2. Oktober. Nach einem Telegramm aus Sofia haben Griechenland, Serbien, Montenegro und Bulgarien den König Ferdinand zum obersten Kriegsherrn der vereinigten Armeen der Verbündeten ernannt. Man glaubt, daß sich mindestens 10 000 russische Freiwillige sofort bei Ausbruch der Feindseligkeiten den Bulgaren anschließen werden.

Warschau, 2. Oktober. Die in Warschau und Lodz wohnhaften österreichischen Reservisten wurden, wie der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird, gestern einberufen. (?)

Griechenlands Aktion.

Konstantinopel, 2. Oktober. Der griechische Geandte Gryparis erbat bei der Pforte gegen die Zurückhaltung der griechischen Schiffe Einspruch.

Athen, 2. Oktober. Die griechische Flotte ist nach einem Athener Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ in zwei Geschwadern eingeteilt, eine Negatische und eine Ionische Meer-

flotte. Auf Kreta, wo große Begeisterung herrscht, sind gleichfalls sechs Jahrgänge einberufen. Als entscheidender Termin für die Kriegserklärung wird allgemein der Donnerstag bezeichnet. Die Mobilmachung macht sich in allen Verkehrszweigen schwer bemerkbar, da es allenfalls an Personal mangelt.

Athen, 2. Oktober. Die vierzig gesetzlich geordneten Deputierten besuchten heute in persona den Premierminister Venizelos und versicherten ihm, daß das gesamte gesetzlich gewählte Volk seine männliche Haltung gegen die Türkei billigt und sich zur Verfügung Griechenlands stellt. Venizelos dankte herzlich. Fünf weitere Abgeordnete kamen heute aus Kreta hier an.

Die Sozialisten für den Frieden!

Ueber eine Gegenaktion unserer bulgarischen Genossen melden kapitalistische Blätter in tendenziös entstellter Form:

Die Sozialer Sozialdemokraten veranstalteten am Dienstag vor dem Königsplatz eine Demonstration gegen die Mobilmachung. Es wurden Rufe laut: „Nieder mit der Kriegspartei! Wir wollen keinen Krieg!“ Zahlreiche Studenten und Passanten umgingen die demonstrierenden Sozialdemokraten, und es entstand zwischen den Kriegsstützigen, deren Zahl immer mehr wuchs, und ihren Gegnern, den Sozialdemokraten, eine wilde Schlägerei, die einen blutigen Verlauf nahm, da die Sozialdemokraten auch die eingeschaltete Polizei mit Stöcken traktierten, sodaß diese von ihren Waffen Gebrauch machen mußte. Während der wilden Schlägerei ließ ein bisher unbekannt gebliebener (?) Täter dem sozialdemokratischen Parteisekretär Paschov ein großes dolchartiges Messer in die Bauchgegend und tötete ihn auf der Stelle. Viele Demonstrierende, die den Anordnungen der Polizei keine Folge leisten wollten, wurden verhaftet. Sämtliche Straßen, die zum königlichen Palais führen, wurden sodann durch einen verstärkten Polizeikordon abgesperrt. Eine Stunde später wurde durch den im Amtsblatt publizierten Ulaß der Belagerungszustand über ganz Bulgarien, somit auch über Sofia, verhängt.

Selbst aus diesem kraßen Schwindel geht hervor, daß die friedlich demonstrierenden Genossen von patriotischem Gesinnung überfallen wurden und ein Parteiführer den Dolch der Patrioten erlag.

Dank und Anerkennung gebührt deshalb dem kleinen Häuflein von Sozialisten Bulgariens, die, umhüllt von einem Orkan nationaler Leidenschaften, allein von allen Parteien furchtlos ihre Stimmen gegen den Krieg erheben.

Freilich bringt ihre Stimme nicht durch. Die Massen hören nicht und wollen nicht hören. Sie siehern und schreien: Krieg!

Die Stimmung in der Türkei.

Konstantinopel, 2. Oktober. Der Krieg gilt hier als unvermeidlich. Die Entscheidung wird für heute erwartet. Es verlautet, die Gesandten der Balkanstaaten würden noch heute ein gemeinsames Ultimatum überreichen, in dem sie die Besserung der Lage ihrer Volksgenossen in der Türkei fordern. Alle Blätter mahnen zur Einigkeit angesichts der Gefahr. In der Hauptstadt herrscht völlige Ruhe. Die Stimmung ist gedrückt, namentlich unter den Griechen. Die Regierung requirierte alle Dampfer für Truppentransporte und begann mit dem Ankauf von 6000 Pferden und 3000 Wagen in Konstantinopel. Die Pferdebeschaffung liefert die besten Artillerie- und Trainspferde. An der Grenze befinden sich bereits 200.000 türkische Soldaten. Ferner sollen auf Beschluß des Ministerrats 21 Divisionen mobilisiert werden, darunter 100.000 Medifs. In Adrianopel befindet sich Proviant für neun Monate und 42.500 Mann. Die Türkei ruft alle im Schwarzen Meer befindlichen Schiffe zur Hilfe. In türkischen Heere macht sich eine wachsende Kriegslust bemerkbar. Hohe Offiziere erklären einen schnellen Schlag gegen Bulgarien für das einzige Mittel, die Türkei von der lästigen Zudringlichkeit der kleinen Nachbarstaaten zu befreien.

Die Börsenpanik.

Schon am Montag erfolgten an den Abendbörsen von Frankfurt und Hamburg Kursstürze, die Dienstagbörsen nahmen einen panikartigen Verlauf. In Berlin war die Bestürzung noch größer, als an dem schwarzen Tag im September des Vorjahres, an dem die Börse durch die Falschmeldung von dem Abbruch der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen überrascht wurde. Papiere aller Kategorien wurden in großen Beträgen angeboten, während sich auf den meisten Gebieten keinerlei Nachfrage regte. So stürzten die Kurse bis zehn Prozent und mehr, am stärksten wurden Aktien in Mitleidenschaft gezogen, für die sich in den vorhergehenden Tagen besonderes Interesse geltend gemacht hatte. Um 15 Prozent sank der Kurs der Eisenbahnen Bergwerks-Gesellschaft, der Kurs der Aktien der Hamburg-Amerika-Linie büßte etwa 13 Prozent ein. Ruhiger als die Berliner Börse gestaltete sich der Verlauf der Börse von

Konton, was damit begründet wurde, daß in London er-
heblich geringere Hausseingangssteuern bestehen, als in Berlin.

Zweifellos hat die Spekulation an der Berliner Börse
in der jüngsten Zeit einen viel größeren Umfang angenom-
men, als an den meisten Börsen des Auslandes. Auf die
günstigen Nachrichten aus der Industrie wurden die Kurse
auf allen Gebieten außerordentlich hochgetrieben, mit der
Steigerung der Kurse stellten sich auch immer weiter neue
Kauferschichten ein. Am Dienstag war es die berufsmäßige
Spekulation, die die Hauptverläufe vornahm. Teils nicht
ein erheblicher Umschwung der politischen Situation ein, so
ist wohl mit einem noch erheblicheren Verkaufssturm des
Publikums zu rechnen. Nach dem letzten erfolgten Kursstürzen
werden die Banken schon im Interesse der eigenen Sicher-
heit ziemlich hohe Nachschüsse fordern.

Aber selbst wenn der Mobilisierung kein Krieg folgte,
fürchtet die Börse eine wochen- oder monatelange Spannung,
die erfahrungsgemäß jede Unternehmungslust unterbindet, zur
Verteuerung des Geldes usw. beiträgt. Man er-
innert sich, daß durch die Marokkobilferenzen nicht nur die
Börse lange gelähmt war, wie sich später ergab, sind auch
den Warenmärkten sehr schwere Schäden zugefügt worden,
da die politische Unruhe weite Käuferkreise zur Zu-
rückhaltung veranlaßte.

Nichard Calwer beurteilt in seiner „Wirtsch. Korr.“
die Lage wie folgt: „In den Weltbörsen haben schon
die ersten zuverlässigen Nachrichten über die ernste Lage
auf dem Balkan eine bemerkenswerte Verflaumung der bisher
günstigen Stimmung herbeigeführt. Die Situation ist
mindestens ebenso kritisch wie in den bedenklichsten Momenten
der Marokkobilferenzen. Eine scharfe Abwärtsbewegung der
Börsenkurse ist unter solchen Umständen unvermeidlich. Dar-
über hinaus ist auch diesmal die Gefahr, die der Weltwirtschaft
droht, eine bedeutend größere als im Vorjahre. Wir sind
heute dem Höhepunkt der internationalen Konjunktur schon
viel näher gekommen als im Hochsommer 1911. Es ist
nicht zu leugnen, daß eine weitere Beeinträchtigung des
Verkehrs und Warenaustausches im östlichen Mittelmeer und
auf dem Balkan zu einer empfindlichen Stockung am
Weltmarkt und zu einem vorzeitigen Zusammenbruch
der Hochkonjunktur führen kann.“

Wirtschaftliche Folgen der Balkanwirren.

Eine in Industrie- und Handelskreisen hoch angesehene
Berliner Persönlichkeit erfuhr die „Münchener Post“ um Ver-
öffentlichung des Nachstehenden: „Auf die drohende Kriegsgefahr
hat die Börse an den Haupthandelsplätzen Europas Dienstag mit
einem starken Kurssturz der Futurwerte und einem Ansteigen
der Preise für Marokkoproducte reagiert. Die Gefahr einer sauren-
den Panik und damit einer gewaltigen Störung der Produktion
ist drohend. Die Interventionskrisis der Großbanken, die selbst
sehr wenig liquidierten, kann nur eine vorübergehende Beje-
rung schaffen, nur das energische Eingreifen der Großmächte
zur Vermeidung des Kriegsausbruchs oder wenigstens der stren-
gen Isolierung eines Balkankrieges können Verhütung schaf-
fen. Daß die deutsche Regierung hier aus eigener Initiative
ihren Mann stelle, erscheint ausgeschlossen angesichts des Cha-
rakters ihrer leitenden Personen. Sie hat bis jetzt nicht ein-
mal den Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten
einberufen. Der Anstoß zu dieser Einberufung müßte allerdings
von Bayern ausgehen, dessen „leitender Staatsmann“ aber in
allen praktischen politischen Fragen von einer mehr als profes-
sorhaften Stillfährigkeit zu sein scheint. Über eine Intervention
in dieser Hinsicht hätte trotzdem von Berlin aus erfolgen müssen,
wenn man dort sich seiner Pflichten bewußt und ihnen gerecht-
ferdig wäre. Da man in den leitenden Kreisen des Finanzkapi-
tals den Umfang der Gefahr doch übersehen muß, scheint es
an der Zeit zu sein, daß von dort aus, wie im Herbst ver-
gangenen Jahres wieder eingegriffen wird. Das erweist sich
um so nötiger, als die gestrigen Ereignisse an der Börse nur

ein Beispiel waren und die Kriegsunruhe verschiedener Balkan-
staaten nur ein Ergebnis der fortschreitenden Einwirkung des
„fretteliebenden“ Rußlands ist.

Eine Uebersicht über die beteiligten Balkanstaaten fin-
den unsere Leser in der Beilage.

Politische Uebersicht.

Verwüstete Volksgesundheit.

Daß die gegenwärtige Lebensmittelsteuerung eine ver-
wüstende Wirkung auf die Volksgesundheit ausübt, wird jetzt
von amtlicher Seite in einwandfreier Weise festgestellt. Im
„Alleneuer Krebsblatt“ veröffentlicht der dortige Kreisarzt
Dr. M. Thomalla einen Artikel über die Ernährung der
Schulkinder. Dr. Thomalla teilt mit, daß die im Monat
September 1911 und 1912 vorgenommenen Untersuchungen
aller Schulkinder der Alleneuer Volksschulen ein trauriges
Bild ergeben haben. Während nämlich im September vorigen
Jahres die Zahl der strophulösen Schulkinder zwischen 20 bis
40 Prozent schwankte, waren in diesem Jahre 50 bis
85 Prozent strophulöser Schulkinder vorhanden. Ueber
die Gründe dieser traurigen Erscheinung sagt Dr. Tho-
malla:

„Hauptächlich ist jedoch die mangelhafte und
unzureichende Ernährung hierfür verantwortlich zu
machen und somit indirekt die fehlige Steuerung aller
Lebensmittel, besonders des Fleisches. Soweit man
es von der größten Anzahl der Schulkinder erfahren kann, ist
Kartoffeln, Karotten und Kaffee ihre Haupt-
nahrung. Erfreulicherweise geradzu ist es, zu erfahren, wie
wenig Fleisch gegessen wird. In den meisten Familien
kommt nur Sonntag Fleisch auf den Tisch, in wenigen
noch nie und da an Wochenagen, und nur vereinzelt wurde
angegeben, daß täglich Fleisch gegessen wird.“

Es ist sicher, daß es bei den heutigen abnormen Fleisch-
preisen den meisten Familien sehr schwer fallen muß, täglich
oder nur öfters in der Woche dieses wichtigste Nahrungsmittel
zu beschaffen, trotzdem soll und muß es aber jeder einzelne
ermöglicht, wenigstens seinen Kindern ausreichende
Fleisch zukommen zu lassen. Man darf nicht vergessen, daß
an den kindlichen Körper Wachstum, Entwicklung und auch
die Schule Anforderungen stellen, die verhältnismäßig bei
weitem größer sind, als die an den jetzt entwickelten Erwach-
senen heranzutreten. Wendet sich aber in der jetzt üblichen
Ernährung der Schulkinder nichts, so wird unweifelhaft die
Strophulose, diese Vorläuferin der Tuberku-
lose, immer weiter um sich greifen, die Zahl bleichfä-
chiger Kinder wird sich mehren und alle diese unterernährten
Körper werden den Unbilden der Witterung weniger Wider-
stand leisten können, werden den Gefahren der Uebertragung
von Infektionskrankheiten schutzlos gegenüberliegen.“

Dr. Thomalla gibt dann den Eltern dieser unglücklichen
Kinder den Rat, sie sollten durch Einschränkung ihrer eigenen
Bedürfnisse den Kindern den Fleischgenuss ermöglichen, und
er fügt motivierend hinzu:

„Das Fleisch, dessen hoher Nährwert in seinem beden-
kenden Eiweißgehalt begründet ist, ist eigentlich in unserer täg-
lichen Nahrung unersetzlich.“

Es ist erfreulich, daß es ein Kreisblatt ist, in dem diese
Wahrheiten zu lesen sind, und daß ein amtlicher Sachver-
ständiger die volkswirtschaftliche Wirkung der agrarischen Wirt-
schaftspolitik offen bloßgelegt. Aber die Maßnahme, Gebt
den Kindern mehr Fleisch, muß bei der Haltung der Regie-
rung wie eine Verhöhnung des Volkes wirken.

Mehr Millionäre — mehr Hungernde.

Nichts charakterisiert besser die schneidenden Widersprüche
in unserer herrlichen Gesellschaftsordnung, als die rasche Ver-
mehrung der Millionäre in einer Zeit, in der drei Viertel
der deutschen Bevölkerung ungeheuer unter der durch die
Steuerung erzeugten Not leiden. Nach der neuesten Ein-
kommensteuer-Veranlagung gibt es in Baden jetzt 1547
Millionäre; im vorigen Jahre waren es 1455, sodaß ihre

Zahl in einem einzigen Jahre um 92 ge-
wachsen ist. Sogar Preußen mit seiner Geld-
Geburtskraft im Westen und Osten ist damit prozentual
überholt, denn seine Millionäre vermehrten sich von 1909
bis 1911 von 8355 auf 9349, also in drei Jahren „nur“
um 99, obwohl Preußen 40 Millionen und Baden nur
2 Millionen Einwohner zählt. Seit 1886 hat sich in Baden
die Zahl der Einkommen-Millionäre glatt verdreifacht. Und
auf der anderen Seite weist die badische Einkommensteuer-
statistik von 1910 nicht weniger als 160.000 Personen
auf, die ein Einkommen von 900 M. pro Jahr nicht er-
reichen; 247.000 Personen bringen es nicht auf 1500 M.
Aber 92 Millionen tauchen in einem Jahre mehr auf; dann
besaßen bereits im Vorjahre 34 von den vorhandenen 1455
Millionären je über 10 Millionen M. Fast möchte man
sagen: Es lebe der Fortschritt! Wenn die Lehren dieser
Zahlen nicht so bitter ernst wären. Man vergleiche damit
die Verwüstung der Volksgesundheit in obenstehendem Artikel.

Bürgerliche Kritik an den Maßnahmen der Regierung.

Reichstagsabgeordneter Leube, ein Fachmann in Fragen
des Fleisch- und Vieh-Imports, schreibt dem „Berliner
Tageblatt“:

„Woher sollen denn nach der vorjährigen russischen Miß-
ernte nun plötzlich die dem deutschen Gaumen zulaugenden
Fleischmengen aus Rußland kommen. Man mußte ganz genau
in Berlin, was man tat. Von dieser, noch mit allerhand Ein-
schränkungen versehenen Einfuhrerlaubnis ist keine Ermäßigung
der Fleischpreise in Deutschland zu erwarten. Die Einfuhr-
erlaubnis für frisches Rindfleisch aus den entfernt liegenden drei
Ländern Rumänien, Serbien und Bulgarien wirkt auf den
Kannnen der Verhältnisse sich erheblich. Die Erlaubnis zur
Einfuhr lebender holländischer Schlachttiere auf dem Landwege,
ohne Quarantäne, wird auch nur wie ein Tropfen auf einen
heißen Stein wirken. Das Wenige, was Holland in den letzten
Jahren überhaupt noch für die Einfuhr übrig hatte, bekam
Deutschland sowieso schon in geschlachtetem Zustande. Es
wird aber hierdurch in hellem Lichte gezeigt, wie wider-
spruchsvoll und der gesunden Vernunft in der We-
itlich schlaud die Regierungsmaßnahmen sind; denn das
dänische Vieh nach wie vor in den holländischen
deutschen Quarantäne-Anstalten bei der Einfuhr unter-
gebracht werden, während dies jetzt bei holländischem
Vieh nicht verlangt wird und bei österreichischem Vieh auch
noch nie verlangt worden ist. Als letzte Maßregel wäre
noch zu erwähnen die Aufhebung des Einfuhrverbotes
gegen frisches Rindfleisch aus Belgien. Wer die Vorgeschichte
dieses Verbotes kennt und weiß, daß Belgien schon seit Jahren
genötigt ist, zwecks Verfolgung seiner Viehzüchtung ausländisches
Fleisch und lebendes argentinisches Vieh herbeizuführen, der ver-
steht es auch, weshalb unsere „volksfreundliche“ Regierung diese
„Erleichterung“ gewährt hat.“

„Sand in die Augen“ — das ist die Parole, wie die
Sozialdemokratie es gleich am ersten Tage festgelegt hat.

Die werillosen Regierungsmaßnahmen.

Die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen gegen
die Fleischsteuerung haben, wie die Erfahrungen des ersten
Markttagess nach ihrer Veröffentlichung im Berliner Viehhof
zeigen, zunächst keinen Einfluß zu üben vermocht. Wie ferner ein Stuttgarter Telegramm meldet,
hat auch die dortige Regierung, gleich der haverischen, die
Antrag, einen Antrag auf Abänderung des § 12 des Fleisch-
steuergesetzes zu stellen. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“
schreibt auf die Aeußerung des Obermeisters der Berliner
Fleischerinnung, daß in dem Beschlusse der preussischen
Staatsregierung ausdrücklich auch der Verkauf durch Fleischer
vorgesehen sei. Verlangt werde nur, daß die Preise unter
behördlicher Mitwirkung festgesetzt werden.

Die Kommunalbehörden würden nur dann gezwungen
sein, so meint das Regierungsorgan, den Vertrieb des Fleisches
in eigene Regie zu nehmen, wenn die Fleischer sich weigern

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Holtei.

100: Als Schwester Antonia ihm verkündete, daß diese Stunde
geschlagen, was Anton, vor Wonne und Schmerz bebend, ver-
nahm, gab sie ihm auf, den Wagen zu besteigen, der draußen
seiner harre, und sich in jene kleine Wohnung zu verfügen, wo er
sich zuletzt aufgehoben habe und wo jetzt alles für ihn vor-
bereitet sei. Dort möge er behutsam das Dasein des Gesunden
beginnen, die schönen Nachmittage zu mäßigen Spaziergän-
gen benutzen und sich durch einfache Kost kräftigen. „Für die
Mittel haben unbekannt oder doch ungenannte milde Gönner
gesorgt. Ihre alten Bekannten sind unterrichtet, was Sie be-
dürfen. Das übrige, wenn wir uns wiedersehen.“
„Sehen wir uns wieder, Adele?“
„Antonia wird mit einer ihrer Schwestern bei Ihnen vor-
sprechen, um notwendige Anordnungen wegen einer Reise nach
Italien zu treffen; einer Reise, die Anton tun muß. Bis da-
hin adieu! Und verliere Sie nicht die Geduld, denn es zeigen
sich noch mancherlei Schwierigkeiten. Aber wir wollen alle
überwinden. — und wir werden es.“

Drei und fünfzigstes Kapitel.

Die alten Leute empfingen Anton wieder ebenso herzlich
als da er zum erstenmal zu ihnen zurückgekehrt war. Zugleich
dankten sie voll Erkenntlichkeit für die Unterstüßungen, die er
während seiner Krankheit ihnen habe zukommen lassen. Es war
nicht schwer, auch hierin Antoninos frommes, fürsorgendes Wal-
ten zu erkennen; nicht minder sichtbar zeigte sich dasselbe in sei-
nem Kämmerlein, in Kleidung, Wäsche, Ordnung und Aufbe-
wahrung sämtlicher Papiere.
„Ja, alles dies habe ich ihr zu verdanken“, sprach er,
„Ihrer schweizerischen Liebe. Aber wird es dieser wohl auch mög-
lich werden, mich aus dieser Stadt, aus diesem Lande zu brin-
gen? Noch immer hängt ein Schwert über meinem Haupte;
eine unvorsichtige, vorläufige Bewegung, die mich, meinen Namen-
tag, meinen gesetzwidrigen Aufenthalt verrät, ... und es
fällt, fällt und schneidet mir jede Hoffnung ab, die Spuren
weiter zu verfolgen, die Carinos Andeutung mir zeigte. Im
engen Kerker, umgeben von niedrigen Wänden, wie der ver-
worfene Landstreicher behandelt, werde ich vergeblich nach Ita-
liens Himmel mich sehnen, wohin bange Hoffnung jetzt meine
Seele zieht. Abermals wird wüthendes Fieber mich aufs Kranken-
lager werfen, — es, und keine Antonia, keine Adele wird mit
Engelsflügeln mich tröstenden Trost zuwehen. Wäre es nicht
besser, von Ihren milden Worten beruhigt, zum himmlischen Fried-
den hinübergegangen zu sein? Daß ich jetzt begraben läge,
wo Carino liegt und mein armer Tischler!“
Anton blieb viel dabei, hatte im Tagebuch emsig noch,
was er verjäumt durch Barbets Umgang, durch seine Krank-
heit, füllte alle Lücken aus, schrieb die ersten Blätter ins
reine und lebte auf diese Weise sein junaes Leben noch einmal
D. 2.

durch. Nur im Schutze der Abenddämmerung wagte er sich hin-
aus in die Luft. In jedem Begegnenden, der ihn eines Blickes
würdigte, wahrte er den Verfolger fürchten zu müssen, den
Diener der Gewalt, der ihn zur Rechenschaft ziehe.

Es war wieder Herbst geworden, fast ein Jahr verstrichen,
seitdem er in Paris eingekerkert war. Für ihn wackel ein
Jahr?

Von Adele keine Kunde. Kein Zeichen, daß er noch hoffen
dürfte! Tag um Tag verging; seine Besorgnisse nahmen ständ-
lich zu.

Von einem der fröhlichen Abendspaziergänge heimkehrend,
findet er seine teilnehmenden Bekannten ängstlich, einsilbig,
unruhig. Er hebt ihnen an, daß sie ihm eine Mitteilung machen
könnten, daß sie es nicht wagen. Heftig bringt er in sie und
vernimmt nach la-gem Zögern: ein Mann von unheilvoll-kündem-
gem Aussehen ist dageswesen, hat streng forschend nach einem
jungen Menschen sich erkundigt, der von den barmherzigen
Schwestern hier eingekerkert sei, und er will noch diesen Abend
wiederkehren.

„So ist es denn um mich geschehen“, ruft Anton. „Lebt
wohl, ihr guten Freunde, Gott sei mit euch und lohne eure
Liebe für mich; und wenn Schwester Antonia nach mir zu
fragen käme, bestellst ihr meine Grüße, meldet ihr: Anton
schmachte im Gefängnis!“

„Im Gefängnis!“ wiederholten beide Alten, zwischen
Widerwillen und Mitleid geteilt, „Sie im Gefängnis?“
Zugleich öffnet sich die Thür; jenes häßliche Gesicht erscheint
vor ihnen, das Anton erblickt zu haben sich erinnert, als er,
um keinen rasenden Hunger zu stillen, einer Trödelerin das
schwarze leidene Halstuch zum Verkauf anbot.

„Sie werden mich augenblicklich zum Herrn Kommissar
folgen“, sagte der Mann.

Anton schüttelte seinen Wirten die Hände, empjettelte ihnen
noch einmal den Abschiedsgruß für die fromme Schwester und
geht — fest entschlossen, vor Gericht die volle, reine Wahrheit
zu sagen — den schwersten Gang seines Lebens.

Der Kommissar, ein ergrauter Mann, empfing ihn ernst,
maß ihn mit prüfendem Blicke und fragte sodann: „Wissen Sie,
warum Sie bei mir sind?“

„Ich kann es mir denken“, erwiderte Anton.
„Nun, so sagen Sie es mir aus Ihrem eigenen Munde,
ich will wissen, wie Sie selbst Ihre Lage beurteilen.“

Anton wurde durch diese Aufforderung trotz seines rechtlich-
en Willens, wahr zu sein, doch in töbliche Verlegenheit gesetzt,
ob er die Gründe angeben sollte und dürfe, die ihn zunächst
nach Paris zogen. Mühte er dann nicht eingestehen, daß er sich
Adeles wegen mit einem falschen Paß hierher gewagt? Und
stand nicht zu besorgen, daß er sich durch alle hierher gehörigen
Bekanntnisse Schwester Antonia und deren heiligen Ruf ver-
leumern lassen, weil Sie wissen, daß ich es bin, der, eines
Flüchtlings Reisepaß benützend, mich in dieses Land, in diese

Stadt eingeschlichen; weil Sie wissen, daß ich hier einen Mitter-
tag in schlechter, wenn auch prunkvoller Umgebung verbrachte;
daß ich jetzt, durch miltätige Seelen vom Tode errettet, ohne
Mittel, ohne Aussicht, planlos ins Blaue hineinverweilere; weil
Sie einen Bagabunden meiner Gattung nicht dulden wollen;
weil Sie für nötig finden, mich ins Gefängnis zu werfen.“

„Was der junge Mann für stolze Pläne hegt! — Wir
schelten noch nicht gänzlich hergestellt von schwarzen Fieber-
kräften! Nein, mein Kind, so schlimm steht es nicht. Wohl
ist mir bekannt, — und ich wäre ein schlechter Beamter auf
meinem Plage, wenn ich davon keine Kenntnis hätte, — daß
Sie nicht derselbe Antoine sind, auf dessen längst abgelaufenen
Nakweis Sie durch die Barrieren drangen. Ebensoviele wie
Sie ein gewisser Baron mit unmdglichem Namen sind, der
allerdings auf einem schwarzen Register steht, und der zur
guten Stunde sich entbaronisieren, um wieder ein schlichter An-
toine zu werden. Auch haben wir unsere Augen — denn ich
zähle vielerlei Augen im Dienste — auf Ihnen, seitdem Sie
bei dem alten Kinderlosen Paare eingezogen. Das sind die beiden
christlichen armen Menschenhüte in ganz Paris, die keine ver-
dächtigen Subjekte beherbergen würden. Ich weiß, woran wir
sind mit „Anton Sohn aus Liebenau“. Ge? Dennoch wäre es
Ihnen am Ende schlecht bekommen, mit Teufels Gewalt ein
Antoine bleiben zu wollen, wenn nicht höheren Ortes Ein-
sprache für Sie erhoben worden wäre. Ihrem Verstande will ich
überlassen, darüber nachzusinnen, wie, durch wen, auf welche
Weise diese Rede laut geworden sein mag! Un s genal, daß wir
sie vernommen. Was ich Ihnen jetzt amtlich zu berichten habe,
ist folgendes: Wir können Herrn Anton Sohn, der übrigens von
einem Franzosen prononciert nicht anders klingt als Antoine,
in Paris nicht gebrauchen. Wir stellen ihn seiner Emabassade
zur Verfügung. Diese ist bereits von allem in Kenntnis gesetzt,
was ihr zu wissen dienlich, und handelt mit meinem Chef in
Uebereinstimmung. Zum Sekretär Ihres Gesandten haben Sie
sich morgen früh zu begeben, um dies dienstliche Schreiben zu
überreichen, und von ihm werden Sie das Weitere vernehmen.“

„Aber wenn er mich nach meiner Heimat zurückweist?“
„Nun, was verlangen Sie mehr? On pent-on être mieu-
qu'au sein de sa famille?“

„Ach, Herr Kommissar, ich habe keine Familie und keine
Heimat.“

„Amer Junge! Nur Mut: gehen Sie dreist, wohin die
Adresse dieses Briefes Sie weist. Er kommt von mächtiger Hand.
Neur darf ich nicht sagen. Beliebtst beschafft er Ihnen Er-
laubnis, den Weg einzuschlagen, auf dem Sie eine Heimat
suchen können.“

„Sie sind unterrichtet, mein gütiger Herr? Sie sind —“
„Ich bin ... von der Polizei. Damit basta. Und dies
Schreiben ist ... o junger Freund, Sie laien sehr wohl, die
Protektion frommer Schwestern bei frommen Personen zu ge-
winnen. Ohne diese möchte ich für nichts stehen. Jetzt fingen
auf den Mund, und glückliche Reise!“

(Fortsetzung folgt.)

kosten, den Fleischvertrieb zu übernehmen. Die Fleischer hätten es in der Hand, zu beweisen, daß auch ihnen die hohen Fleischpreise höchst unerwünscht sind. Gegenüber den Meldungen mehrerer Zeitungen bemerkt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ferner, daß nach Auskunft von amtlichen Stellen die Vieherkrankheiten jetzt frei von Maul- und Klauenseuche sind. Was ferner den Viehschlachtungen anbelangt, so ist zu bemerken, daß eine nennenswerte Menge holländischer Viehschlachten für die Ausfuhr nicht zur Verfügung steht, so werde überdies, daß seit einiger Zeit aus Holland Fleischschlachtungen in nicht unerheblicher Zahl durch Deutschland nach der Schweiz durchgeführt werde. Aus der Schweiz wieder werde gerade in letzter Zeit Rindfleisch nach Deutschland ausgeführt. Wenn dies möglich sei, so müsse man so eher die Einfuhr von Schlachtvieh nach Deutschland, zum Beispiel in die großen Städte des rheinischen Industriegebietes, zu annehmbaren Preisen erfolgen können.

Das ist natürlich gar kein Beweis dafür, daß die unbeschränkte Einfuhr von Rindern aus Dänemark erfolgen könnte. Statt dessen genehmigt unsere weisliche Regierung die Einfuhr aus — Serbien, Bulgarien und Griechenland, einen Tag bevor dort die Viehschlachtungen stattfanden. Ein ergreifendes Zeugnis für die guten Informationen unserer Diplomaten.

In Kassel beschäftigte sich am Dienstag der gesamte Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes — etwa 30 Herren aus den verschiedenen Bundesstaaten — mit den Regierungsmaßnahmen zur Abwendung der Fleischnot. In einer angenommenen Resolution sprechen die Herren aus, daß die Maßnahmen zwar zu begrüßen sind, daß aber ein praktischer Erfolg der Maßnahmen nicht zu erwarten sei. Am Schlusse heißt es: „Fleischer würde es allerdings für die Landwirtschaft, Gewerbe und Konsumanten sein, wenn in erster Linie eine Verbesserung der Einfuhr von Rind- und Schlachtvieh erfolgt wäre. Trotzdem will aber der Fleischerverband seine Mitarbeit bei den Maßnahmen nicht ausschließen, aber er findet es unverständlich, daß die Frachtermäßigungen lediglich für ausländisches Vieh und Fleisch zugestanden worden sind.“

Wermuths Wandlung.

Das Berliner städtische Nachrichtenamt teilt folgendes mit:

Eine hiesige Zeitung verbreitet die Nachricht, Oberbürgermeister Wermuth habe sich geneigt, die kürzlich an den Herrn Reichskanzler gerichtete Groß-Berliner Eingabe wegen Ermächtigung der Einfuhr von Geflügelfleisch zu unterschreiben. Wir sind zu der Mitteilung ermächtigt, daß Herr Wermuth nicht nur die Eingabe vollzogen, sondern auch an ihrer Ausarbeitung maßgebend beteiligt worden ist.

Die Meldung, der Berliner Oberbürgermeister habe sich geneigt, die Groß-Berliner Eingabe zu unterschreiben, war wohl nicht ernst gemeint, sondern sollte eine Salve auf die Wandlung sein, die Herr Wermuth auf dem Wege vom Reichskanzler zum Berliner Rathaus ersichtlich durchgemacht hat. In der Eingabe, an der Herr Wermuth maßgebend Anteil hat, wird mit guten Gründen alles bekämpft, was er als Staatssekretär mit schlechten Gründen vertrat. Die frühere Haltung des Herrn Wermuth läßt sich nur aus der subalternen Stellung eines deutschen Staatssekretärs erklären, der als „nachgeordnete Stelle“ nur ein Amt, aber keine Meinung hat. Der Austritt aus dem Reichsamte war für ihn eine geistige Befreiung.

Man sieht, an Vorstand fehlt es den Herren Staatssekretären nicht oder wenigstens nicht immer. Sie dürfen bloß, so lange sie im Amte sind, keinen Gebrauch von ihm machen.

Maßnahmen gegen die Teuerung: Die Stadt Frankfurt läßt in einer städtischen Halle Geflügelfleisch durch eine gemeinnützige Gesellschaft verkaufen, nachdem die Metzger sich geweigert haben, den Verkauf zu übernehmen. Eine Anzahl renitentier Metzgermeister besaßen die Stände, um die Kaufleute vor dem Ankauf von Geflügelfleisch zu warnen. Die Verkäufer konnten bisher nur mit Mühe ihr Geschäft versehen. Die Oberfelder Stadtverordnetenversammlung stimmte am Dienstag den Vorschlägen der von ihr eingesetzten Kommission zu, nach welchen 30.000 Mark bewilligt wurden, um aus Holland frisches Rindfleisch zu importieren; 10.000 Mark wurden zur Errichtung eines städtischen Fleischmarktes zur Verfügung gestellt. Der Verkauf des Fleisches soll den Metzgern übertragen werden. Falls sich hieraus Schwierigkeiten ergeben, wird für anderweitige Regelung des Verkaufs Sorge getragen werden.

Die Vorkämpfer der Kaufmannschaft von Berlin haben die Maßregeln der preussischen Staatsregierung zur Milderung der Fleischteuerung von wirtschaftlichen Standpunkten aus eingehend geprüft. Die Vorkämpfer der Kaufmannschaft begründen das Vorgehen der Staatsregierung als einen Beweis dafür, daß an maßgebender Stelle die Ueberzeugung durchgedrungen ist, daß gegenüber der Teuerung wirtschaftspolitische Maßregeln möglich und notwendig sind. Angesichts der Schwere der Fleischteuerung halten sie aber die Maßregeln der Regierung für nicht weitgehend genug, insbesondere sind sie der Meinung, daß eine Abänderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes unbedingt erforderlich ist, damit die Einfuhr von gefrorenem Rindfleisch, insbesondere aus Argentinien, ermöglicht wird. Wenn dies geschieht, so werden auch der Eisenbahnfrachtnachschuß und die Entledigung des Fleischschlages eine ganz andere praktische Bedeutung gewinnen, als wenn diese Erleichterungen nur für den Bezug von frischem Fleisch oder von gefrorenem Hammelfleisch in Frage kommen, das für die Versorgung des Konsums schwerlich eine derartige Bedeutung erlangen kann, daß der Mangel erheblich gemildert wird. Unbedingt geboten erscheint es ferner, daß die Milderung der Grenzsperrung und die Zollnachlässe nicht nur für Fleisch, sondern auch für lebendes Vieh platzgreifen, insbesondere ist die Zulassung der Einfuhr lebender Schweine aus Dänemark zu fordern.

Der preussische Städtetag kennt keine Teuerung. Vom 7. bis 10. Oktober wird in Düsseldorf der 7. preussische Städtetag abgehalten. Auf der Tagesordnung, die jetzt veröffentlicht wird, vermißt man die Möglichkeit einer Aussprache über die Teuerung und deren Milderung. Dafür wird sich dieser Städtetag mit dem preussischen Wassergesetz, mit den Satzungen des Städtetages und ein wenig mit der preussischen Verwaltungsreform beschäftigen. Der preussische Städtetag wird also keine ihm unangenehmen Dinge berühren.

Wie das Geld der Steuerzahler verwendet wird! Fünf Offiziere des 2. Garde-Regiments sind nach Rumänien geschickt, um dem König von Rumänien Glückwünsche zu überbringen. Der König ist vor 50 Jahren bei diesem Regiment als Offizier eingetreten. Die Kosten für diese höchst überflüssige Reise sind ganz erheblich. Der Führer der Deputation, ein Oberstleutnant, erhält pro Tag 25 Mk. Speise, wenn ihm das nicht reicht, dann kann der Kriegsminister noch mehr bewilligen. Dazu bekommt er pro Kilometer im Inland 9, im

Ausland 13 Pfennig, also mehr, als die Reite in der ersten Wagenklasse kostet. An Gardeoffizieren dürfte der Offizier etwa 470 Mk. liquidieren, dazu der mehrlache Zuzug und Abgang, die wahrscheinlichste Ausnahme eines Türken, jedoch auf den Oberstleutnant allein alles in allem etwa 800 Mark entfallen. Bei den anderen vier Offizieren sind nur die Tagegelder etwas niedriger. Man darf also die gesamten Kosten auf 4000 Mk. veranschlagen, und das alles, weil der rumänische König als preussischer Prinz vor 50 Jahren bei einem preussischen Regiment eintrat. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen die Wechselscheine bei der Rückreise ungeheuer ansteigen. Die Glückwünsche hätten an ihrem Wert sicher nichts eingebüßt, wenn sie per Post oder Telegraph übermittelt worden wären — aber bei der Armut muß es nun einmal Geld kosten.

Derburg als Nachfolger Matschall v. Bieberstein? Ein englisches Blatt läßt sich an „einflussreichen Berliner Kreisen“ melden, daß Staatssekretär a. D. Derburg zum deutschen Volschalter in London aussersehen sei. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu: „Das Gerücht, daß Bernhard Derburg für den Londoner Volschalterposten in Frage komme, wurde allerdings auch in Deutschland verbreitet. Die ganz Volschalterfrage scheint indessen bis zur Rückkehr des Kaisers aus Rominten verlagert zu sein.“

Das ganze Gerücht ist offenbar nicht mehr als lediglich ein fauler Witz. Seine Freunde trauen Herrn Derburg natürlich die Fähigkeit zu, jeden Posten bekleiden zu können und sie sind es offenbar auch gewesen, die auf dem Umweg über London die Aufmerksamkeit auf den früheren Kolonial-Staatssekretär gelenkt haben.

Kulturträger. Der Reichsbote bringt eine Note, über die Semestereöffnungsfeier der sozialdemokratischen Parteischule. Er meldet: Der Kulturträger Scheidemann leitete die Feier.

Dem Reichsbote ist hier ein böser Irrtum unterlaufen. Kulturträger, die bekanntlich in Preußen nach der Wahlrechtsvorlage der Regierung in einer höheren Klasse wählen sollen, als es ihnen nach ihren Steuerleistungen zukommt, sind Leute, die das Einbürgerungsrecht besitzen, aber keine Qualifikation als Militärsoldaten besitzen, also Schugmann und dergleichen werden können. Genosse Scheidemann gehört leider keiner dieser mit Recht bevorzugten Kategorien an.

Der Kampf um die Jesuiten. Aus der bayerischen Wäldchen haben, wie die „Tägliche Rundschau“ erzählt, auch die übrigen Bischöfe Deutschlands in der Angelegenheit des Jesuitengesetzes eine Eingabe an die Bundesregierung gemacht. Die Eingabe verlangt die Befreiung des Jesuitengesetzes. Sie betont, daß die katholische Kirche auf die Mitarbeit aller ihrer Ordnen unbedingt angewiesen sei und auf die Mitarbeit keines derselben verzichten könne, und daß ferner jedes Gesetz, das die Tätigkeit eines dieser Ordnen einschränken wolle, als ein Angriff auf die ganze katholische Kirche und ihre Oberhaupt anzusehen sei.

Ausland.

Ueberhand Vorkämpfer.

Während man bisher in Rom in der Verschlechterung der Lage der Türkei auf dem Balkan nur Vorteile für Italien sehen wollte, kommt jetzt eine andere Auffassung zur Geltung. So schreibt die „Tribuna“ in einem anscheinend offiziösen Artikel:

Ungeachtet unserer besonderen Angelegenheiten des eigenen Interesses ist mit Europa den Wunsch und den Willen, den Frieden auf dem Balkan zu erhalten. Die Besonderheit unserer eigenen Lage bedingt nicht das Gegenteil. Dies beweist unsere ruhige, sichere Haltung seit Anfang des Jahres, der ganz eigener Art ist und dessen Zweck präzis und gut begründet ist. Die Vorkämpfer, aber stolze Vorkämpfer, welche ihre Ehrlichkeit beibehalten haben zur Durchsetzung des alten mit entlassenen Verpfändens bezüglich Wagnisses erinnern wir an die alte Lehre, daß es immer gefährlich ist, durch einen Krieg das Erreichte zu wanken, was man mit anderen Mitteln ebenso gut erreichen kann.“

Nach aus Belgrad und Athen in Paris eingetroffenen, durchaus verlässlichen Depeschen sind Serbien und Griechenland geneigt, den Vorschlägen der zur Gerechtigkeit mahnen, bedeutsame Zugeständnisse der Wortsprechenden Großmächte zu fügen. In Bulgarien konnten die Mächte ein gleiches Ergebnis bisher nicht erreichen, weil die Umkreisung dort den Krieg wollen. — Die Sprache des bulgarischen Generalen Stancoff war viel ruhiger Stancoff erklärte nur: „Bulgarien sende kein Ultimatum an die Türkei; die Großmächte sind also in ihrer Friedensaktion durchaus nicht behindert.“

Aus Rußland, Schumla und Mididin werden Ausfahrungen der bulgarischen Bevölkerung gegen muslimanische Einwohner gemeldet. Diese Missetaten über die Donau nach Rumänien. Der Minister des Innern befahl dem Präsesen, ihnen eine gossereundschaftliche Aufnahme zu gewähren. Gleichzeitig wird aus Ruzschuk gemeldet, ein Militärzug folge dem anderen nach der türkischen Grenze.

In Bulgarien gehen Gerüchte, daß Rumänien mobilisiert werde. Der dortige Effektenmarkt ist sehr flau. In Braila herrscht infolge der Mobilisierung Serbiens und Bulgariens völlige Geschäftslosigkeit, zumal Verstärkungen einer neuen Dardanellenflotte aufbrechen.

Den türkischen Handelschiffen, die sich in den Häfen des Schwarzen Meeres befinden, ist befohlen worden, sofort nach Konstantinopel zurückzukehren. Die Hafensicherheitsbehörde läßt alle griechischen Dampfschiffe registrieren.

Die Ausfuhr von Korn, Mehl und Futtermittel über die bulgarische Südgrenze wurde durch königlichen Erlaß verboten. Wegen bulgarischer Rundgebungen für den Krieg in Ostbosnien gegenüber dem rumänischen Hafen von Rimneca sind die Eisenbahnen von Sibistow auf rumänischen Boden geschleift.

Beschäftigtes Militär gegen Rußland kommt in der russischen Presse in der „Kreuzzeitung“ zum Ausdruck. Das Blatt zitiert aus einem von der „Rowoje Wremja“ veröffentlichten Aufruf der Petersburger Slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft folgenden Satz:

„Aus den der Gesellschaft zugekommenen verbürgten Nachrichten geht deutlich hervor, daß Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland am Vorabend eines Krieges stehen. Die Nichterfüllung der von der Türkei vor 34 Jahren beschlossenen Reformen in den christlichen Provinzen der Türkei hat zur Anarchie in diesen Provinzen geführt. Das Blut fließt dort in Strömen, die Vernichtung von Gab und Gut hört nicht auf. Aus russischen Gebieten und aus russischen Provinzen Bulgariens entsandten, durch dieses Blut wurde auch die Vergrößerung Serbiens und Montenegros“

erzählt. Wie haben auch den Berliner Vertrag unterschrieben. Die Zukunft dieser Länder kann für uns nicht gleichgültig sein: unser eigenes „Ich“ läßt das nicht zu.“

Eine solche Sprache, schreibt die „Kreuzzeitung“, muß in den katonischen Vorkämpfern die Achtung bestärken, daß die öffentliche Meinung Deutschlands auf ihrer Seite steht. Noch bedenklicher aber muß es erscheinen, daß man sogar, und nicht mit Unrecht, auf die Tatkraft der russischen Probemobilisierung an der russisch-türkischen Grenze den Schluß ziehen kann, daß auch „Influente“ unter strecke Russlands zu einer Einmischung in die Balkanbündel zu Gunsten der „Balkanbündel“ bereit sind.

Oesterreich.

Die Nachwahlen in Oesterreich.

Bei der Wahlwahl für den Genossen Silbere wurde unter Genosse Müller mit etwa 1000 Stimmen Majorität gegen den Christlichsozialen gewählt.

Dagegen konnte das Gemeinderatsmandat des Genossen Forstner in Hainhaus, das von den Christlichsozialen annulliert worden war, nicht behauptet werden; die Christlichsozialen regierten hier mit einer geringen Majorität. Ebenso unterlagen wie bei der Wahl der Bezirksvertretung in Dittafing mit etwa 1000 gegen etwa 2000 Christlichsoziale Stimmen.

Schweiz.

Zürcher Volksabstimmungen.

Die am Sonntag vorgenommenen Abstimmungen und Wahlen im Kanton und Bezirk Zürich bezeugen einen schönen Erfolg sozialdemokratischer Politik. Die Gesetzesvorlagen wurden alle im Sinne des Vorschlags unserer Partei erledigt, wobei besonders erfreulich die mit 29234 Nein gegen 36331 Ja erfolgte Nachabstimmung des Verhältnisses für die Verrechnung ist. Das Verdienst davon unserer Partei zukommt, beweist die Ablehnung mit 8988 gegen 4186 Stimmen im roten Kreislauf unserer Zürcher Vorkämpfer.

Unter den Wahlen im Bezirk Zürich (Stadt und Nachbarorte), bei denen überall die bürgerlichen Kandidaten mit mächtigen Mehrheiten siegen, war besonders die Wahl eines Negers als Mitglied der Verwaltung. Unser Kandidat war der Antisemit Genosse Kaufmann, der bei der Wahlwahl vom 9. Juli als Nichtkandidat mit 13189 gegen 14763 Stimmen der einzigen bürgerlichen unterlag. Die Differenz war damals also 1504. Dementsprechend hatte die Wahl eine weit größere Tragweite. Sollte doch die Wählerkraft darin über den sozial vom Haune gebrochenen Generalstreik und über die mit aller Willkürlichkeit von Wählern und bürgerlichen Gruppen betriebenen Straf- und Nachwahlpolitik entscheiden. Es sollte durch eine glänzende Wahl der bürgerlichen Kandidaten ein unmissverständlicher Protest gegen den revolutionären Terror zum Ausdruck kommen, wie die „Kreuzzeitung“ schreibt. Und das Ergebnis? Bei weit größerer Stimmbeteiligung 15061 für Kaufmann, 15381 für den Gegner, der so mit geringen 320 Stimmen siegte. Noch einmal solche „Züge“ — und Zürich, das die schwere Prüfung der letzten Wochen so reichlich überstanden hat, ist unser! — In der Wahl wurde Genosse Jeggli ohne Gegner zum Strafrichter gewählt.

Rußland.

Aus den russischen Totenhäusern. Dieser Tage nahm vor dem Reichsgericht zu Wladiwostok gegen den früheren Direktor des Zentralkommissiones, Waiem, seinen Gehilfen und zwei Aufseher seinen Abschied. Vor Gericht wurde ein ungeheuerliches Korruptionssystem im Wesentlichen aufgedeckt. Gegen hohe Bestechungen gestattete der Direktor den wohlhabenden Gefangenen, Bestechung und Organe in den Zellen und in seiner Wohnung abzugeben. In ein Monaten „verdiente“ Waiem 55.000 Rubel. Gegen die politischen Gefangenen wandte derselbe Direktor andere Methoden an. Davon legten die auf dem Gerichtstische liegenden ausgeschlagenen Gefangenenzähne einen sprechenden Beweis ab. Das Gericht verurteilte den Direktor zu 5 Jahren Arrestantenkompanie. Nun ist er natürlich! reif für die Verhandlung durch den Jaren!

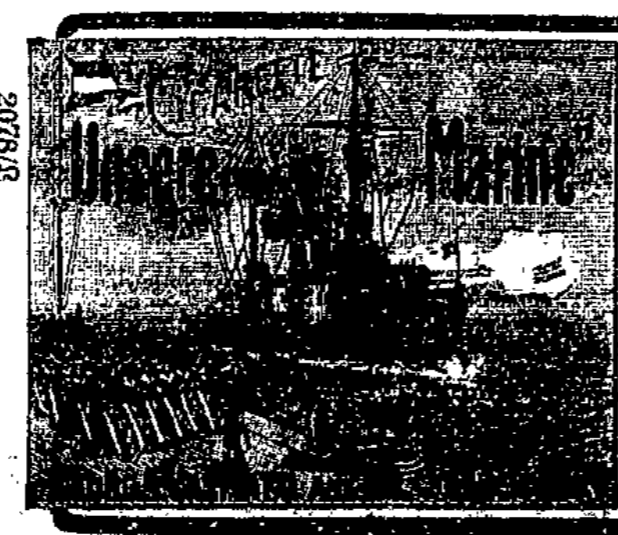
Ein Arbeiterabgeordneter gegen das Streikrecht.

Der englische Arbeiterabgeordnete Philipp Snowden, der auch als Mitarbeiter des christlich-sozialen „Commonwealth“ bekannt ist, veröffentlichte soeben ein aussehenerregendes Buch, in dem er des längeren die Zwecklosigkeit und Schädlichkeit des Streiks nachzuweisen sucht. Er berechnet, daß von 1900—1910 insgesamt 3 Millionen Arbeiter an 6150 Arbeitskämpfen beteiligt waren, dadurch 62 Millionen Arbeitstage und 248 Millionen Mark an Löhnen verloren, neben den 60 Millionen Mark, die sie für Streikunterstützung opferten. Trotzdem seien die Löhne in derselben Zeit um 80 Millionen Mark gestiegen. Im Jahre 1911 seien 981.000 Arbeiter an 864 Kämpfen mit 10 1/2 Millionen verlorenen Arbeitstagen und 40 Millionen Mark Lohnverlust beteiligt gewesen, wobei sie eine Gesamtlohnsteigerung von 618.000 Mark pro Woche erzielt hätten, jedoch es 21 Monate belaste, um die Kosten der Kämpfe wieder auszugleichen. Daher müsse das Streikrecht im Interesse des Allgemeinwohls eingeschränkt werden zugunsten obligatorischer Lohnänderungen nach dem Muster der in Australien bestehenden. Dabei vergißt Snowden aber, daß gerade die australischen Gewerkschaften immer lebhafter gegen diese Art des sozialen Friedens, der dem Arbeiter Hände und Füße bindet, zu rebellieren beginnen. Das von der bürgerlichen Presse mit großer Benützung ausgenommene Buch ist ein neuer Beweis für die Eigenart und das Anpassen der englischen Arbeiterpartei, die MacDonald kürzlich in Stuttgart als nachahmenswertes Beispiel den deutschen Arbeitern vorführte. So weit geht allerdings bei uns die Toleranz nicht, daß ausgebrochene Gegner unserer gewerkschaftlichen Taktik als unsere Vertreter im Parlament sitzen.

Literatur.

Die hygienischen Zustände in den Vergoldbereiteichen. Nach einer statistischen Erhebung der Zentralkommission der Vergolder bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Polzarbeiterverbandes, Berlin 1912, Verlagsanstalt des Deutschen Polzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H. Preis 60 Pf.

Verantwortliche Redakteur: Franz Förster. — Redaktion und Expedition: Neue Braunstraße 7. — Verlag der „Volkswacht“, G. m. b. H. — Druck von H. Schacht, G. m. b. H. — Druck in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.



Im Genuß liegt der Wert!

„Unsere Marine“

2 Pf.-Cigarette.

Georg A. Jasmatzki A.-G., Dresden

Größte deutsche Cigarettenfabrik.

Verlangen Sie verehrte Hausfrau beim Einkauf von Bleich-Soda.

Achten Sie aber auch darauf, dass Sie wirklich mit dem Namen **Henkel**

Altbekannt und beliebt, praktisch zum Einweichen und Vorwaschen der Wäsche. Unentbehrlich für den Hausputz!

und Schutzmarke „Löwe“ erhalten. Überall erhältlich!

1526 L.

Stadt-Theater

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Mit neuer Ausstattung
„Das Rheingold“
Freitag 7 1/2 Uhr:
(Ermäßigte Opernpreise)
„Die Zauberflöte“
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Aida“

Lobe-Theater

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Der Cananwald“
Freitag 7 1/2 Uhr:
Der verwandelte Komödiant.
„Die letzten Masken“
„Literatur“
„Sittens-Debutstag“
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Zum 1. Male:
„Mein Freund Teddy“

Thalia-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr:
Gruppe B, 3. Vorstellung:
„Kollege Crampion“
Sonntag 7 1/2 Uhr:
„Die Cameliendame“
Mittwoch Freitag und Sonntag
in 10-2 Uhr im Stadt- und Thalia-
Theater.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr:
Büßpiel Alexander Moissi
„Hamlet“
Freitag 8 Uhr:
„Alt-Wien“
Sonntag 8 Uhr:
Zum 1. Male:
„Der liebe Augustin“

Lieblch's Etablissement

Täglich abends 8 Uhr:
Spezialitäten-Vorstellung.
Sonntag 8. Okt. 8 1/2 Uhr nachm.
Extra-Vorstellung
des Jugend-Operetten-Ensemble:
„Der Mikado“ 3440
Operette in 2 Akt. v. A. Sullivan.
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
Vorstellung bei kleinen Preisen.

Zeltgarten

Das neue
Programm
ein kolossaler Erfolg.
Marguerite Persky,
Soubrette,
Mirette Trlo, Hanna Cornelsson,
d'Elboot, Rugamer, Rafaely,
Los Sande, Fely Poly Comp.,
3 Americos.

Im Tunnel

Eine Schenkwirtschaft v. Breslau,
gut bürgerliches Familienlokal.
Damen-Trampeter-Korps.
Vorzügliche Küche.

Wäster, Anzüge,

neb. Stoffe, neu, verkauft billig
Leihamt, Königsplatz 17.

**Wollene
Pferdedecken**



Spezialität
der Firma.
Schwere gediegene Qualitäten in
reicher Auswahl und jeder Größe
das Stück Mk. 2.35 bis 9.75

Wasserdichte
Regen-Pferdedecken
mit oder ohne Biberfeller
Mk. 6.50, 6.80, 7. — u. 8. —

Leinenhaus 3582
Bielschowsky
Breslau
Nikolaistraße Nr. 75/76

Viktoria-Theater

Internationales-Gastspiel des
**Olympia-
Theater**

Hr. H. Schenk. 3589
Grösste Mystik-Schau der Welt!
Täglich 8 Uhr Brill. Vorstell.
Sonntag:

2 Monstre- 2
Vorstellungen
4 Nachmittags: 8
Uhr kleine Preise, 8
Uhr worauf das aus-
wärtige u. Familien-Publikum
aufmerksam gemacht wird.

Riesen-Wasserschauspiele

300 ehm. Wasser setzen inner-
halb wenig Minuten d. Bühnen-
raum des Theaters unter Wasser.
Maragdas Zauberarten.
Feerie in prachtvoller Ausstattung.
Leuchtende Geysir n. Kaskaden
Palast der Illusionen.
DAS MIRAKEL
??? Wunderbare Creation.
Eine Reise durch das Unmögliche
Der Gefühlsstark.
Im Reiche des Schattens.
Der Zirkus von Utopien
Tripolit. Gesellschaft
Edn Mustafa.
Li-Lou, die lebenden Hippogryphen.
Olympia-Motor-Bioskop.

Zirkus Busch.

Weit-Kino.
Täglich große
Gala-Vorstellung.
Riesen-Programm.
15 Schlager 15
Jedes Bild wird nur einmal
vorgeführt. 3470
Anfang 6 Uhr.
Entree 19 Pfg.
für II. Platz und Galerie.

Möbel

Konfektion

auf gegen
Kredit • Bar
reell gut billig
Versand überallhin
Katalog H gratis

Jal. Ollendorf & Co.
Albrechtsstr. 14.

Am 2. d. Mts. verschied sanft nach kurzer, schwerer
Krankheit die Frau unseres Kollegen Hermann Nickel,

Frau Anna Nickel

geb. Czyzka 3608
im Alter von 25 1/2 Jahren.
Ihr Andenken werden in Ehren halten
Seine Kollegen der Firma Kuppe.

Für Erwachsene ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die bestgeeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

**Privat-Handels-Schule
„Barber“**

Breslau V, Gartenstrasse 57, neben Lieblch
Telephon 2447. 2550
Beginn neuer Kurse **Anfang Oktober 1912**
Prospekte bereitwilligst kostenlos.

Kleiderstoffe

bedeutend unter Preis
auf der Reuschestraße 1, Ecke Blücherplatz.
Kostümstoffe
180 cm breit, englischer
Geschmack. Meter 1.65, 1.35
Ein **Cheviots**
110 cm breit, marine 1.00
u. schwarz. Meter
Blusenstoffe
in den neuesten Farben,
auch Ganzamt. Meter 1.25, 1.00
Blusenfanelle
gestreift u. in modernen
Farben. Meter 75
Samte
in allen Farben für Kleider
und Blusen. Meter 1.65, 1.25

Kosterlitz & Lissner,

Reuschestraße 1, Ecke Blücherplatz. 3584
Muster-Versand franco.

Palmengarten

Oktoberfest
in 3428
Oberbayern.
2 Kapellen 2

Pfänder-Auktion

Leihamt Westendstraße Nr. 47
Anfang Oktober cr. 3482
Einlösen oder veräußern.

Violin-Unterricht.

Reiche noch einige Anfänger für
in Unterricht, 4-6 Mt. mit. 3579
Schroll, Musiklehrer, Wittenstr. 23, II.

3-5 Klempnergelellen

bei hoh. Lohn u. dauernder Be-
schäftigung werden sof. gesucht von
M. Appel, 3567
Krotoschka I. P.

Kupferschmiedestr. 17

(Ecke Schmiedebrücke), Wohn.
4 Zimmer, Kab., Küche, Entr.,
ver. Oktober oder später für 70 Mt.
monatlich zu vermieten. 3095
Bruno Rosenthal,
Bernstr. 20/45, Schmiedebr. 57.

Zahnersatz u. Plomben

Zahnoperationen
Mässige Preise
Arthur Schnieber
Dentist 1575
Gräbschenerstrasse 115.
Tel. 3999.

Christentum u. Sozialismus

v. A. Bobel
10 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Deutscher Kronprinz Westendstr. 50/52.
Grosses Tanz-Kränzchen verbunden mit Präsent-Polo-
nase. Ergebnis A. Franz.

Goldener Zepher Empfehle m. ich. Vorkauf den Gewer-
schaften und Vereinen zur Abhaltung von
Verkaufungen, Vereinstagungen aller Art.
Größtes Untergewinnungsqu. Ad. Schultze.
3300 Klosterstrasse 47.

Saal-Restaurant und Café „Lessing“
Adalbertstrasse Nr. 10
Schöner Saal noch einige Sonnabende an Vereine zu vergeben. 3379

**Kammer
Lichtspiele** im Pfeifferhof,
Schneidmühlstr. 31

Neues in vornehmstem Stile erbautes Theater.
Eröffnung
Sonntag, den 5. Oktober, nachm. 4 Uhr.

Pfannkuchen mit feinsten Füllung
Roggenkernbrot, Schmackhafte Wassersemmel
und alle anderen Backwaren

in bester Qualität empfiehlt
Julius Zlegon, Steinauerstrasse 8.
Telephon 0501
Bäckerei mit elektrischem Betrieb.

Den verehrlichen Genossen zur gefälligen Nachricht, daß ich
die Rohfleischererei von

Otto Bannert, Westendstraße 62,
käuflich übernommen habe und bitte um geneigten Zuspruch.
Rossfleischer Joseph Klimpke
Westendstraße 62. 3583

Rohtabak.

Reiche Auswahl! Billigste Preise!
Sumatra: Deckblatt, gute alte Tab. von 200-500 Pf. Speziallof.
2. Länge Blatt hell u. leicht, enorm defand, weichrom. 280 Pf.
Desgl. 1. Blatt 2. u. 3. Länge Blatt 180, 200 Pf.
Vorstenlanden: weichrom, beste 2. Vollblatt, 300, 325, 350, 450,
grob 190 Pf. Spada, ganz grob und leicht 200 Pf.
Java: beste, leichtes Blatt 190, 200 Pf. Speziallof. DB feil und er-
gibt 190 Pf. Spada, ganz grob und leicht 200 Pf.
Desgl. Einlagen 115-125 Pf.
Carmen, Domingo, St. Felix-Brasil, Havana, Cuba, Mexico.
La. la. reelles Langat. 105 Pf. Pl-Izer: Alte leichte Tab. 103, 105, 108 Pf.
Bei unbesetzten Käufen verlange man Spezialloffe.
Bei Kassakäufen 3% Rabatt. (25 Pf.) Kredit nach Vereinbarung.

G. Wutke, Inh.: Fritz Gellern
Rohtabakhandlung
Breslau 5, Museumsplatz 4.

Sieben erschienen:

Die grossen Utopisten
(Fourier, Saint Simon, Owen).
Von Wilhelm Hausenstein.
Preis 40 Pfennig.
Zu beziehen: Buchhandlung „Volkswacht“.

Nordsee
Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 19
Telephon 3284.

Filialen: Kaiser-Wilhelmstr., Bahnhagen, Tel. 4223, Neuborsir. 73/75.
Ferner: Leuthenstr. 16, Klosterstr. 55, Klosterstr. 145, Kaiserstr. 61, Vorwerkstr. 11.

In frischer Ware empfehlen:
Fetten Cablian, ohne Kopf, Pfd. 30 Pfg.
Seelachs ohne Kopf Pfd. 28 Pfg., Schellfisch ohne Kopf Pfd. 40 Pfg.
Bratshellfisch 3 Pfd. 65 Pfg., Grüne Heringe 3 Pfd. 60 Pfg.
und alle bekannten Sorten See- und Flussfische.
Geräucherte Flundern Pfd. 80 u. 100 Pfg. Riesen-Lachsgeringe Stück 20 Pfg.
Hochfeine Bücklinge Kiste Mt. 2.00.
Fettheringe Stück 5 Pfg. Neue Schottenheringe Stück 10 Pfg.

Eine Freude
für
Mutter & Kind.

Ammann's Kindermilch

Kleine Holzstr. 8-10
Lieferung
frei Haus
Fernsprecher 2083

Die Krankenkassen in Breslau

Welgen noch immer dasselbe traurige Bild der schließlichen Zersplitterung. Wir haben 53 Ortskrankenkassen, 28 Fabrikkrankenkassen und zum Ueberflus noch eine Innungskrankenkasse. Letztere ist nicht zu erwarten, daß durch die Reichsversicherung eine Verschmelzung im großen kommen wird; die meisten Kassen werden wohl verschwinden, aber im übrigen dürfte alles beim Alten bleiben. Schuld daran ist nicht zuletzt die Unzulänglichkeit in den Reihen der Kassen-Vorstände.

Nach der städtischen Statistik waren 1911 in allen Breslauer Ortskrankenkassen 132.090 Mitglieder gegen 122.533 im Jahre 1910, also fast 10.000 mehr. Die Ortskrankenkassen zählten 106.196 Mitglieder, die Fabrikkrankenkassen 25.286; die eine Innungskrankenkasse hat 608 Mitglieder angegeben. Fragen wir nach dem Geschlecht der Mitglieder, so sagt uns die Zusammenfassung, männliche Mitglieder hatten wir im ganzen 80.821, weibliche 51.269. Von den männlichen Mitgliedern kamen auf die Ortskrankenkassen 61.401, auf die Fabrikkrankenkassen 18.814, auf die Innungskrankenkasse 608; weibliche Mitglieder hatten die Ortskrankenkassen 41.792, die Fabrikkrankenkassen 6472, die Innungskasse 6.

Diese Zahlen sagen uns vor allem, die Ortskrankenkassen haben verhältnismäßig viel mehr weibliche Mitglieder als die Fabrikkrankenkassen. Auf hundert männliche Mitglieder der Betriebskrankenkassen kommen 25 weibliche; in den Ortskrankenkassen betragen aber die weiblichen Mitglieder 12 Prozent. Was das bedeutet? Nun, jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß darin eine stärkere Belastung der Ortskrankenkassen liegt. Die weiblichen Mitglieder zahlen meistens in den niedrigen Beitragsklassen, haben jedoch eine hohe Krankenziffer und die Kosten für Arzt, Medizin und Krankenhaus sind bei ihnen nicht geringer als die bei den männlichen Mitgliedern mit den hohen Beiträgen. Es ist deshalb gar nicht verwunderlich, daß manche Ortskrankenkassen gegenüber gewissen Fabrikkrankenkassen schlechter gestellt sind, die hauptsächlich männliche Mitglieder aufweisen. So, es gibt Betriebskassen, die gar keine Frauen als Mitglieder haben, so die Linke-Sofmann-Werke bei mehr als 5000 beschäftigten Arbeitern.

Die Angaben über die Krankheitsfälle, Krankheitstage und Sterbefälle lassen deutlich erkennen, daß die Krankheiten bei den Frauen meistens länger anhalten, als bei den Männern. Im ganzen wurden 56.942 Krankheitsfälle, 1.296.261 Krankheitstage und 1204 Sterbefälle verzeichnet. Auf einen Krankheitsfall kommen durchschnittlich 22,8 Krankheitsstage, auf 1000 Krankheitsfälle 21,1 Sterbefälle.

Die Einnahme aus Beiträgen im Jahre 1911 erreichte die Höhe von 4.217.987 Mark, die Gesamt-Einnahme betrug 4.391.797 Mark. Durchschnittlich haben die Kassen von jedem Mitgliede im Jahre 33,72 Mark eingenommen. Die durchschnittliche Einnahme der Betriebskassen ist höher, als die der Ortskrankenkassen. Das ist wiederum nur darauf zurückzuführen, daß die Betriebskassen meistens leistungsfähige männliche Beitragszahler zu ihren Mitgliedern zählen, während die Ortskrankenkassen fast zur Hälfte aus schlecht gelohnten Frauen und Mädchen bestehen.

Für ärztliche Behandlung haben die sämtlichen Kassen im Jahre 1911 538.940 Mark ausgegeben, für Arznei und sonstige Heilmittel 557.065 Mark, für Krankengeld an Mitglieder der 1.685.554 Mark, davon an Angehörige 55.131 Mark, an Wdönerinnen 111.678 Mark. Von der Wdönerinnen-Unterstützung kamen 96.713 Mark auf die Ortskrankenkassen, nur 14.895 Mark auf die Fabrikkrankenkassen. Die Sterbegelder der Kassen belaufen sich auf 117.108 Mark, die Kosten für Kur und Verpflegung in Krankenhäusern auf 501.113 Mark. Die gesamten Ausgaben betragen 3.912.473 Mark.

Das Vermögen der Kassen ist für Ende 1911 mit 2.139.496 Mark angegeben; davon gehörten zum gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds 2.110.793 Mark. Die Orts-

krankenkassen hatten 1.405.148 Mark Reservefonds, die Fabrikkrankenkassen 612.098 Mark, und die Innungskrankenkasse besaß 2277 Mark. Im Jahre 1911 ist das Vermögen aller Kassen um 150.282 Mark gewachsen.

Daß die Fabrikkrankenkassen durchschnittlich an jedes Mitglied für Krankengeld 15 Mark ausgeben, die Ortskrankenkassen aber nur 12,96 Mark, beruht durchwegs nicht auf dem Schlusse, die Fabrikkrankenkassen seien besser als die Ortskrankenkassen. Auch in ihrem höheren Krankengeld drückt sich lediglich die Tatsache aus, daß sie meistens männliche Mitglieder haben, die bei den hohen Beiträgen auch mehr Krankengeld erhalten, was dann im ganzen ein besseres Krankengeld voraussetzt.

Wenn irgend etwas, so lehren uns gerade die amtlichen Zahlen über die Breslauer Krankenkassen, daß ihre Verschmelzung dringend nötig ist. Die Fabrikkassen können sich meistens ihre Mitglieder ausfinden und weisen kräftliche Leute von vornherein zu; außerdem bestehen sie, wie schon gesagt, zu 75 Prozent aus männlichen Mitgliedern mit hohen Beiträgen. Auf der anderen Seite stehen die Ortskrankenkassen mit den vielen Frauen und Mädchen, die lange krank sind, und Wdönerinnen-Unterstützung erhalten, aber nur geringe Beiträge zahlen können. Obendrein haben wir in Breslau noch mehrere Zwergkassen, die nicht leben und nicht sterben können.

Da ist ein Vergleich unbedingt nötig. Die Reichsversicherungsordnung wird manches bessern; eine gründliche Klärung zum Wohle der Kassenmitglieder ist aber einkind durch eine vollständige Verschmelzung aller Kassen zu erreichen. Wägen nur die Vorstände, die das erstreben, in ihrem Kampfe um die gegenwärtige Zersplitterung nicht erlahmen. Wo die Vorstände Gewehr bei Fuß stehen oder gar die Verpflichtung der Kassen verteidigen, da sollten die Mitglieder nach vorwärts drängen, denn sie können durch die Vereinigung aller Kassen nur gewinnen.

Der Buchmacherprozeß.

Die langwierige Weisungsaufnahme erreichte am Dienstag Nachmittag ihr Ende, nachdem etwa 70 Zeugen gehört waren. Die letzten Vernehmungen betrafen nur den Hauptangeklagten Hermann Krause. Ein Zeuge der bei Krause häufig gearbeitet hat, gab an, 3000 Mark verpielt zu haben. Der Besitzer eines Cafes am Lauenburgerplatz hatte für den Angeklagten Krause nach und nach 590 Mark ausgeliehen. Als der selbige auf Zurückzahlung der Summe drängte, habe Krause erwidert, er, der Kellner, habe ja das Geld für unerlaubte Zwecke hergegeben, und deshalb dürfe er es weder zurückfordern noch einlagern. Tatsächlich hat der Kellner nicht zurückgehalten, wie er eidlich bekundete. Ueber den Geisteszustand Krauses äußerten sich vier psychiatrische Sachverständige. Zunächst Dr. J. K. K. K., der ausführt, Krause habe Mitte Februar 1907 einen schweren Unfall erlitten. Es sei ihm ein 50 Pfund schweres Reiten auf den Kopf gefallen, das ihm eine schwere Gehirnerschütterung zugefügt habe. Seit dem Tage des Unfalls hätten sich Zeichen des Sinnesbrüchigkeits, der Gedächtnisschwäche und geistiger Abgespanntheit bei ihm gezeigt. Er sei wohl schwerlich strafrechtlich verantwortlich zu machen. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Wehmedikus Sanitätsrat Dr. K. K. K. aus Trebnitz, der Direktor der Provinzial-Irrenanstalt in Brieg, Dr. Dinter, und der Breslauer Gerichtsarzt Geheimrat Medizinalrat Professor Dr. K. K. K.

Die vielen Zeugen, die nach dem Unfall fortwährend in Geschäftsverbindung mit ihm geblieben haben, bemerkten nichts von geistiger Minderwertigkeit bei Krause. Er soll im Gegenteil das Buchmachersgewerbe mit viel Geschick und Sicherheit betreiben haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn wegen gewerbsmäßigen Würfelspiels 4 Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, gegen seine Frau gleichfalls Gefängnis und eine hohe Geldstrafe. Auch gegen die übrigen Angeklagten wurden Gefängnisstrafen beantragt. Am Mittwoch um 4 Uhr nachmittags verhandelte der Gerichtshof nach dreistündiger Beratung das Urteil. Es wurden gegen die Angeklagten folgende Strafen festgesetzt: Krause 1 Monat Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, Frau Krause 1 Monat Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, Gnach 1 Monat und 1000 Mark Geldstrafe, Frau Gnach 50 Mark Geldstrafe, Weich 100 Mark Geldstrafe, Döhmer 100 Mark Geldstrafe, K. A. B. freigesprochen, D. K. K. 30 Mark Geldstrafe, Schäfer 2 Monate Gefängnis und 4000 Mark Geldstrafe, Moritz Weichenberg 100 Mark Geldstrafe, K. K. K. 100 Mark Geldstrafe, Adolf Weichenberg 50 Mark Geldstrafe, K. A. B.;

100 Mark Geldstrafe, K. K. K.: 150 Mark Geldstrafe. Wenn Wolf wurde die Verhandlung verlagert. Die nur zu Geldstrafen Verurteilten bestrafte das Gericht wegen Beihilfe zum gewerbsmäßigen Würfelspiel in Verbindung mit Vergehen wegen des Zettelwaferspiels.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Breslauer Steinzeugfabrik wird uns geschrieben: Wir hatten schon oft Gelegenheit, nicht gerade schmeichelhaftes über diese Firma zu berichten. Das bezog sich aber bloß jetzt immer auf die alte Fabrik in der Mathiasstraße. Heute sind wir genötigt, uns einmal mit der neuen Fabrik in Carlomag zu beschäftigen. Wenn man diesen schönen Bau von außen betrachtet, drängt sich einem unwillkürlich die Vermutung auf, daß es auch innen an nichts mangeln könne. Doch dem ist nicht so. Seit Juni dieses Jahres ist die Fabrik im Gange. Speiseraum sind wohl vorhanden, aber bis jetzt hat es die Firma noch nicht für nötig gehalten, auch Tische und Stühle zu beschaffen. Wer überhaupt im Speiseraum essen will, muß sich auf den Fußboden setzen. Den Speiseraum für Männer hat man ganz seiner Bestimmung entzogen; dort wird sogenannte rote Mischung hergestellt. Es mutet sonderbar an, wenn am Eingang zu diesem Raum immer noch zu lesen ist: Speiseraum für Männer. Die Arbeiterinnen besitzen ihren Speiseraum, wo Tische und Stühle ebenfalls unbekannte Begriffe sind, zum Teil als Garderobe, weil der als Garderobe für Frauen geschaffene Raum unzureichend ist. Schränke zum Aufbewahren der Kleidungsstücke sind in der Garderobe ebenfalls nicht vorhanden. Bei den oben angeführten Tatsachen ist es nur zu verständlich, wenn die Arbeiter zum Einnehmen ihres karglichen Maßles das Freie aussuchen. Bei schönem Wetter mag das ja angenehm sein, nicht aber bei schlechter Witterung. Da erhalten sie vom Vorarbeiter oder vom Betriebsleiter die Weisung, in den Herbestall zu gehen! Zum besseren Verständnis wollen wir bemerken, daß der Herbestall allerdings auch noch „unbewohnt“ ist; aber es ist hier schon die ganze „Wohnungseinrichtung“ von Anfang an vorhanden. Man hat also für die noch nicht vorhandenen Pferde besser gesorgt, als für die wirklich vorhandenen Arbeiter. Einrichtung zum Wärmen des Essens gibt es ebenfalls nicht. Hier helfen sich die Arbeiter dadurch, daß sie ihr Essen im Feuerloch des Brennofens wärmen. Dabei kann es sehr leicht vorkommen, daß der Arbeiter aus Versehen die Töpfe unilöscht und die Arbeiter dann „Luftstuppe“ zu sich nehmen müssen.

Auch die Wascheinrichtungen sind mangelhaft. Es sind wohl schönere, große Becken und auch fein verwickelte Leitungsbahnen angebracht, aber die Hauptsache, das Wasser, fließt ganz schmutzig und überfließend aus der Leitung und ist deshalb zum Waschen ungeeignet. Es ist also die höchste Zeit, daß diese Mängel beseitigt werden. Vielleicht nimmt die A. G. Gewerbetreibenden einmal Gelegenheit, hier nach dem Rechten zu sehen. Die Arbeiterinnen und vor allen Dingen auch den Arbeiterinnen möchten wir aber den wohlgemeinten Rat geben, sich unverzüglich dem Verband der Fabrikarbeiter anzuschließen. Niemand sollte da den Drückberger machen, denn nur durch einen festen Zusammenschluß in großen Verbänden lassen sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen. Deshalb nochmals: hinein in den Fabrikarbeiter-Verband.

Aus dem Landreise.

Neumarkt. Aus der Stadterordneten Sitzung. Für die Allgemeinheit von größerer Bedeutung ist die Angelegenheit des Stadterordneten Simon an den Magistrat. Wie es mit dem Eisenbahnbau Neumarkt-Guth steht. Der Bürgermeister Schüller erwiderte, das Projekt der Bahn sei vom Staatsausbau eingegangen und liege im Bureau aus. Die Bahnhofsanlage für die normalspurige Kleinbahn sei für Neumarkt im Norden der Stadt hinter dem Gasthof zum „Weißen Löwen“ geplant. In den nächsten Tagen werden die Verhandlungen mit den Grundbesitzern beginnen wegen Sicherstellung des Geländes, und er bitte die Herren Stadterordneten, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß von den Besitzern nicht unbillige Forderungen gestellt werden. Im Jahre 1900 sei der Morgen Land mit 625 Mark berechnet worden, und er wünsche, daß dieser Preis auch jetzt als Maßstab angesehen werde. Eine lange Aussprache brachte der nächste Punkt der Tagesordnung: Tagewässer-Ableitung im Burggarten. Die Kosten betragen nach dem Vorschlag der Firma Janke 383 Mark. Diefem Magistratsantrag wurde insofern zugestimmt, als städtisches Gebiet in Frage kommt. Dann wurde über die Erweiterung des Wasserleitungs- und Rohrnetzes und die Bewilligung eines Nachtrags-Darlehens von insgesamt 40.500 Mark bei 4 Prozent Verzinsung und 2 Prozent Tilgung verhandelt. Nach längerer Debatte wurde die Magistratsvorlage mit der Maßgabe angenommen, daß der Rat der Erweiterung erst vorzunehmen ist, wenn der Magistrat die Ueberzeugung gewonnen hat, daß das Wasser gut und einwandfrei ist.

Aus aller Welt.

Hermann Munk †. Am Dienstag ist in Berlin ein berühmter Gelehrter der Physiologie, Professor Dr. Hermann Munk im Alter von 73 Jahren gestorben. Sein Welttrium ruht auf dem Namen, den er sich durch seine Arbeiten über die Funktionen der Großhirnrinde erworben hat.

Achtzehn Menschen durch einen Bergsturz getötet. In der Nähe von Odesa hat sich gestern ein schweres Unglück zugezogen. Wie ein Privattelegramm meldet, wurden dort durch einen Bergsturz 24 Häuser zerstört und 18 Menschen getötet. Ungefähr ebensoviel Personen sind noch unter den Trümmern.

Der Bombenanschlag gegen Staatsanwalt und Richter. Vor dem Schöffengericht des Landgerichts München-Gladbach begann heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Seifert die Verhandlung gegen den früher angeklagten Münchener-Blattmacher Kaufmann Trischke, der unter der schweren Beschuldigung, ein Bombenattentat gegen Richter und Staatsanwälte des hiesigen Landgerichts geplant zu haben, am 9. Dezember v. J. verhaftet wurde.

Am Abend des 8. Dezember wurden von der Post Pakete in Rollenform, die an den ersten Staatsanwalt Mantei, den Ankläger im Eßener Meinelprozess gegen die Bergarbeiterführer Schöpper und Genossen, und den Staatsanwalt Borghard gerichtet waren, bestellt. Am folgenden Morgen brachte die Post eine weitere dergleichen Sendung dem Landgerichtsdirektor Pawlisch. Alle diese Sendungen, die als „Muster ohne Wert“ bezeichnet und frankiert waren, enthielten Bomben, die mit Zündern versehen waren. Es kann nur als ein glücklicher Zufall bezeichnet werden, daß die drei Justizbeamten dem Bombenanschlag entgingen.

Der Kaufmann Trischke, der zuletzt eine Papierhülsenfabrik betrieb, war vor einiger Zeit wegen Falsheldes verurteilt worden, und an seiner Verurteilung hatten die genannten Beamten der Staatsanwaltschaft und des Landgerichts mitgewirkt. Auf ihn fiel der Verdacht, aus Rachsucht den Anschlag gegen die Beamten geplant zu haben, und eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung und seinem Geschäftsbüro förderte belastende Verdachtsmomente zutage. Es zeigte sich, daß das Papier, das zu den Bomben verwendet worden war, auch in dem Betrieb Trischkes gebraucht wurde, außerdem zeigt seine Handschrift große Ähnlichkeit mit der Schrift der Adresse der Bombenpakete. Nur durch den Umstand, daß aus den Paketen ein Stückchen Zündschnur herausragte, waren die Empfänger zur Verhaftung gezwungen worden. Die drei Beamten hatten kurz zuvor Drohbriefe erhalten, in denen ihnen angekündigt war, daß ihre letzte Stunde bald geschlagen haben würde.

Der Andrang des Publikums zu der Verhandlung war außerordentlich groß. Es sind nahezu 100 Zeugen und sieben Sachverständige geladen.

Wir werden über den Ausgang des Prozesses, der übrigens keinerlei politische Bedeutung hat, berichten.

Unfall auf einer Samalpurbahn. Ein schweres Unglück hat sich am Mittwochabend auf der Strecke der mecklenburg-pommerschen Schmalpurbahn zugetragen. Als ein von Anklam nach Lübnitz fahrender Kartoffelzug eine bei Schwärzberg stehende Pappel passierte, stürzte infolge des Sturmes der Baum um und fiel auf die Maschine, deren Vorderteil eingedrückt wurde. Der auf der Lokomotive stehende 42 Jahre alte Schaffner Kellermann aus Anklam wurde sofort getötet, der Feizer Trost wurde zwischen Führerhaus und Kessel eingeklemmt und lebensgefährlich verletzt. Außerdem drang ihm die Handbremse tief in den Körper ein. Der Zugführer Teustel wurde ebenfalls eingeklemmt, konnte sich aber selbst befreien. Sofort nach Bekanntwerden des Unfalls gingen von Anklam und von Friedland Hilfszüge an die Unfallstelle ab. Die Befreiung des Feizers Trost konnte erst um Mitternacht erfolgen, da der Baum in kleine Stücke zerlegt werden mußte. Trost und die Leiche des Schaffners Kellermann wurden nach Anklam und von dort in die Universitätsklinik zu Greifswald gebracht. Um 4 1/2 Uhr morgens war die Strecke wieder frei, sodas eine Verkehrshörung nicht eintrat. Der getötete Schaffner Kellermann hinterläßt eine Witwe und einen dreizehnjährigen Knaben.

Verurteilung eines russischen Generals. General Michail Gonorowitsch, der wegen Unterschlagungen und Erpressungen (wie sich unsere Leser noch erinnern werden, handelt es sich um mehr als drei Millionen Rubel), während des russisch-japanischen Krieges unter Anklage stand, wurde vom Petersburger Militärgericht zum Verlust des Adels, aller Ränge, Orden und zu 8 1/2 Jahren Arrestantenkompanie (1) — nicht Gefängnis oder Zuchthaus — sowie zur Zahlung von etwa 340.000 Mark verurteilt.

Ja, ja — eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus. **Ordnungsstörungen in Gent.** Der über die Stadt niedergegangene Orkan hat große Verheerung verursacht. Besonders stark mitgenommen wurde das Anst.-Lunaticrain, auf dem mehrere in Bau befindliche Pavillons eingestürzt sind.

Das Bootunglück in Rumänien. Bei dem Untergang der Militärhaluppe „Notrotusch“ bei Bularest sind 31 Militärpersonen ertrunken.

Familientragödie. Eine furchtbare Familientragödie hat sich Mittwoch nacht in Neustrelitz abgespielt. Der in Notgeratenen frühere Gutsinspektor Lemcke beschloß, um der vielacürbten öffentlichen Armenpflege nicht in die Hände zu fallen,

mit seiner Familie aus dem Leben zu scheiden. Gestern abend bereits töteten die Eheleute ihr zwei Jahre altes augekommenes Kind, indem sie ihm die Pulsadern aufschnitten. Heute morgen öffnete sich Lemcke und seine Ehefrau ebenfalls die Pulsadern. Da der Tod nicht schnell genug eintrat, erschlug Lemcke seine Frau mit einem Hammer. Da ihm nun der Mut fehlte, die Schurke sich um den Hals zu legen, zog er es vor, sich der Polizei zu stellen.

636 Jahre Zuchthaus. Im ganzen wurden, wie aus Soent gemeldet wird, 106 koreanische Gefangene zu insgesamt 636 Jahren Zuchthaus am Sonnabend verurteilt. Diese Verurteilungen und Verurteilungen, die freigesprochen wurden, waren der Verurteilung gegen das Leben des japanischen Generalgouverneurs von Korea, Grafen Teruchi, angeklagt. Baronin Dunchino und fünf andere angeklagte Führer der Bewegung erhielten je zehn Jahre Zuchthaus, achtzehn erhielten je sieben Jahre, vierzig je sechs Jahre und zwelundvierzig je fünf Jahre. Alle christlichen Pastoren, Diakone, Kirchenführer und Lehrer befinden sich unter der Zahl der Verurteilten, und Baron Dunchino war der Präsident des christlichen Vereins junger Männer in Korea.

Selbstmord wegen einer Ohrfeige. Aus getränktem Ghrenschil hat am Dienstag der in Essen lebende Russe Rubli V. Klettsall aus Petersburg seinem Leben ein Ende gemacht. Er hatte in einem Cafe an einer Abschiedsfest teilgenommen, wobei er in angeheitertem Zustande einem Bekannten eine Tortenschüssel an den Kopf warf. Später bedrohte er seinen Wegner mit einem Revolver, wofür ihm einige Ohrfeigen verabfolgt wurden. Der Russe erklärte darauf, ein russischer Edelmann könne den Schimpf einer Ohrfeige nicht ertragen, und er werde sich das Leben nehmen. Man hielt diese Bemerkung für eine leere Drohung und legte ihr keine Bedeutung bei. Am Dienstag wurde er in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er hatte sich mit Zyanalkali vergiftet.

Verhaftung des gesamten Personals einer Bank. Wegen Unterschlagung von Summen, die eine Million Rubel zusammen ausmachen, ist das gesamte Personal der Kreditanstalt von Simeropol verhaftet worden, bestehend in zwei Direktoren, einem Kontrolleur, zwei Kassierern, vier Buchhaltern und fünf anderen Angestellten. — Jeder hat in seiner Abteilung für sich gestohlen.

Eine Maschinenfabrik niedergebrannt. Durch Großfeuer sind in der Nacht von Dienstag zum Mittwoch die Fabrikanlagen der Maschinenfabrik G. K. W. Wolff in Linden a. d. Ruhr zerstört worden. Nur die Gießerei und die Schlosserei konnten gerettet werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Fabrik beschäftigt zurzeit über 800 Arbeiter.



Übersichtskarte zum Balkan-Konflikt.

8. Kongress der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Dresden, 1. Oktober 1912.

Am Sonntag tritt hier der 8. Kongress der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands zusammen, dessen Verhandlungen nicht nur diejenigen, die an der Arbeiterbewegung interessiert sind, sondern alle politischen Kreise Deutschlands mit großem Interesse entgegensehen, schon deshalb, weil von diesem Kongress wohl eine Stellungnahme zu dem bekümmerten Konflikt zwischen der Berliner und Kölner Richtung erwartet wird. Die Mitgliederzahl ist seit 1909 von 280 061 auf 330 374 am Jahreschluss 1911 gestiegen. Der Kassenbestand hat sich in dieser Zeit von 5 385 234 M. auf 7 082 942 M. erhöht. Hervorgehoben wird das Fortschreiten der grundsätzlichen Klärung unter den Mitgliedern, der Kampf mit der Sozialdemokratie, der namentlich um die Reichsfinanzreform entlobete. Es wird ausgeführt, daß in der Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften der revolutionäre Sozialismus überall die Oberhand gewonnen habe und daß seit der Massenstreikdebatte im Anschluß an die russische Revolution, die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung es nicht mehr gewagt habe, auch nur formell den revolutionären Sozialismus die Gefolgschaft zu verlagern. Nur aus diesen Motiven sei die sozialistische Behauptung von einer Rechtsprechung der christlichen Gewerkschaften zu verstehen. Der Hauptvergangenheitsstreik habe gezeigt, daß man mit einem Massenstreikverbot des revolutionären Sozialismus jeden Tag zögen müssen.

Der Bericht wendet sich auch gegen die Unternehmerarbeitsnachweise und stellt fest, daß anfänglich des Gewerkschaftsrechts im Arbeiterrecht die öffentliche Meinung sich in einem solchen Umfang und so einmütig auf die Seite der Arbeiter-Richtung gestellt habe, wie sich das die größten Optimisten nie hatten träumen lassen. Die christliche Arbeiterbewegung wird als ein Faktor aufbauender Kultur bezeichnet. Schluß wird über die soziale Gesetzgebung und über die innere Tätigkeit des christlichen Gewerkschaftsverbandes berichtet, zu deren Erhöhung der jährliche Beitrag pro Mitglied von 20 auf 30 Pf. erhöht wurde.

Die Anträge an den Kongress bezwecken unter anderem: die Einführung einer Volksversicherung (1), die Errichtung von Sekretariaten, die Gründung einer Jugendzeitung, die Organisation der weiblichen Angehörigen, die Gründung einer Dienstbotenorganisation und die Einleitung von Aktionen auf reichsrechtliche Regelung des Arbeitsvermittlungswesens, auf amtliche Erhebungen über die Lage der Einzelarbeiter, auf Einkämpfung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Gasthausangestellten in den von den christlichen Gewerkschaften besuchten Lokalen.

Der Kongress wird sich mit der Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und zeitigen Kämpfen der Gegenwart (Referent zu beiden Punkten ist Generalsekretär Siegenerwald-Röhl), sowie mit ihrer Stellung zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik zu befassen haben. (Berichterstatter: Redakteur Joseph München-Glabach.) Ueber das Thema „Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ referierte

Mutsche. Oberfeld, über die Aufgaben der Reichs- und Ortsschiedsgerichte. Verhandlungssekretär Walter-Röhl. Sekretär Bergmann spricht über Arbeiterarbeitsnachweise und Arbeitslosenfürsorge. Staatsminister a. D. Freiherr v. Hertefeld über Schieds- und Einigungsstellen.

Parteiangelegenheiten.

Die Parteschule

eröffnete am Dienstag, den 1. Oktober ihren 6. Kursus. Es nahmen an dem Kursus teil 31 Schüler, darunter zwei Genossinnen. Die Gewerkschaften bestellten sich an der Parteschule mit sechs Verbandsangehörigen und zwar entfallen zwei auf den Bauarbeiterverband, je einer auf den Transportarbeiter-, Bergarbeiter-, Holzarbeiter- und Textilarbeiterverband. Acht von den übrigen Schülern sind jetzt schon in Parteistellungen: fünf als Parteifunktionäre, zwei als Redakteure, einer als Berichterstatter. Die übrigen Teilnehmer kommen direkt aus der Werkstatt, es sind da vertreten: Metallarbeiter, Tischler, Maler, Schriftsetzer, eine Schneiderin und eine Buchhalterin.

Der Leiter der Parteschule, Genosse Schulz, eröffnete im Beisein des Lehrer-Kollegiums den Unterrichtskursus mit einer Ansprache, in der er auf die hohe Bedeutung der Parteschule hinwies. Die Partei ist ungeheuer in die Breite gewachsen, schon lange zählen ihre Anhänger nach Millionen und nun gilt es, unter diesen großen Massen Bildung und Wissen zu verbreiten, die theoretische Erkenntnis zu vertiefen und gemeinsam zu schulen, die ihrerseits wieder als Begehrter dienen und weitergeben, was sie in der Parteschule an Wissen erhalten haben. In seiner Ansprache, in der Genosse Schulz die Ziele und Aufgaben der Parteschule näher darlegte, bedauerte er insbesondere auch den Rücktritt des Genossen Mehring, dessen Gesundheitszustand und Alter ihm die Ausübung des Lehrerberufs nicht mehr gestatte. An Stelle des Genossen Mehring ist Genosse Conrad als Geschichtslehrer eingetreten.

Im Namen des Parteivorstandes begrüßte Genosse Scheidemann die Schüler mit herzlichen Worten und wünschte ihnen viel Erfolg bei der bevorstehenden Arbeit. Auch Scheidemann bedauerte den Rücktritt Mehrings, dem er bei dem Parteivorstandes für seine anforderungsvolle Tätigkeit an der Parteschule aussprach. Damit hatte die kleine Eröffnungsfestlichkeit ihren Schluß erreicht und es wurde sofort mit der ersten Unterrichtsstunde begonnen.

Zwei Jubiläen.

Am 2. Oktober feierte das „Hamburger Echo“ das Jubiläum seines 25-jährigen Bestehens. Es war unter dem Sozialisten-Aspekt, und in Hamburg herrschte im Jahre 1887 ein schärferer Ton, obwohl er unter dem kleinen Belagerungsstaat schon bis dahin nicht so wünschenswert übrig gelassen hatte. Man konnte sich ein Blatt nur um deswillen so teuer halten, weil an seine Spitze Johannes Wedde trat, ein literarisch hochbegabter Mann, der als großer Ansehen als Oberlehrer eines Gymnasiums wie als Dichter genoss. Die „Hamburger Zeitung“ war es, die Johannes Wedde leitete und man wagte ihr lange nicht zu nahe zu treten: ein Liebesbrieflicher Leitartikel mit der Ueberschrift „Gewalt ist kein Heilmittel“ führte dann zum Verbot und der Parteikommissar erklärte den Inhabern der Druckerei, er würde kein neues Blatt wieder dulden. Man proponierte ihm schließlich, ein Blatt herauszugeben, das nur Auschnitte aus anderen Blättern bringen, so eine Art Zeitungssammelmappe sein sollte, und man nannte dieses neue Unternehmen deshalb auch „Hamburger Echo“. Dem neuen Organ wurde die Drohung mit auf den Weg gegeben, daß es bei dem ersten eigenen Artikel verboten werde. Wollten die Redakteure etwas eigenes sagen, mußten sie es in anderen Blättern drucken lassen und konnten es dann allerdings als Zeitungsausschnitt in ihr Blatt übernehmen. Die Fessel ist bald gefallen und das „Hamburger Echo“ steht schon seit langer Zeit in den vordersten Reihen der deutschen Parteipresse, in der es sich Ansehen erworben hat durch seine Selbstständigkeit und seine ausgezeichnete Redaktion. Bemerkenswert ist noch, daß die Genossen Stolten und Stengelke, die schon Redakteure der „Hamburger Zeitung“ waren, von der ersten Stunde bis heute noch der Redaktion des „Echo“ angehören.

Um Nabel, den aus der polnischen Partei ausgeschlossenen Sozialisten, scheint noch einmal der Streit zu entbrennen. Die „Bremer Bürgerzeitung“ hebt hervor, daß er nicht nur 47 Wochen, sondern ihrer Ueberzeugung nach 19 Monate deutsches Parteimitglied war und knüpft daran folgende herausfordernde Bemerkung:

Aus aller Welt.

Ein fettes Schwein, eine Flasche Sekt. Für die „gute Sache“ des Kirchenbaues wissen die Alexitalen mit den verführerischen Mitteln zu werben. Ein Leser übersendet uns im Original eine Mitgliedskarte des Kirchenbauvereins Krefeld-Opsum. In sinniger Weise stellt diese Mitgliedskarte gleichzeitig ein Lotterielos dar, auf dessen Rückseite sich folgende verlockende Ankündigung findet:

„Das Mitglied, welches im Besitze dieser Mitgliedskarte ist, nimmt mit der angegebenen Nummer teil an einer am Sonntag, den 29. September 1912, nachmittags 6 Uhr, im Saale von Münster, Hauptstraße, stattfindenden Gratis-Losziehung. Für die Losziehung sind gestiftet ein fettes Schwein, zwei Sammel Gänse, Enten, fünfzig Flaschen Sekt, fünfzig Flaschen Wein, fässer Bier usw.“

Die Aussicht auf ein fettes Schwein oder einen Panmel kann in diesen teuren Zeiten auch den Gleichgültigsten für Kirchenbauten freundlich stimmen, und schließlich ist auch eine Flasche Sekt oder ein Fass Bier nicht zu verachten. Es ist aber wohl der Feststellung wert, daß dieselben Kreise, die uns immer vorwerfen, daß wir uns in unserer Agitation nur von materialistischen Gesichtspunkten leiten lassen, so wenig Vertrauen in die Wirksamkeit ihrer „idealen“ Forderungen haben, daß sie zu solchen geschmacklosen Mitteln greifen.

Durchstreichereien bei der Reichspost. Im Jahre 1908 trug im Reichstage bei der Beratung des Postetats unter verflorenen Genossen Singer mehrere Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses durch Postbeamte vor. Trotzdem in einem so umfangreichen Betriebe immer einige räudige Schafe vorhanden sein können, trat der Staatssekretär Kraetke den Ausführungen unleser Genossen recht erregt entgegen und bestritt, daß derartige Fälle sich überhaupt ereignen könnten. Bald darauf, am 16. Februar 1909, stand der „Vorwärts“ vor Gericht, weil er an Hand einer Beschlagnahme von Briefen einige kritische Bemerkungen über Verletzung des Briefgeheimnisses gebracht hatte. Den Straf Antrag für sämtliche Postbeamte hatte Herr Kraetke gestellt und erzielte auch eine Urteilung des Verantwortlichen, Genossen Davidsohn, zu 300 Mark. Mit diesem Urteil kam der verlorbene Staatsanwalt Steinbrecht nicht auf seine Kosten. Er hatte sich in seinem Eifer für die gute Sache hinreissen lassen und nur vier Monate Gefängnis beantragt. In seiner bekannten objektiven Beurteilung fand er an der Post keinen Tadel. Der „Vorwärts“ habe durch unwahre und häßliche Notizen das Ansehen der Postverwaltung und der Beamten schwer herabgesetzt. Daß doch räudige Schafe unter den Beamten sind, die persönlicher Vorteile

willen das der Post anvertraute Brief- und Telegraphengeheimnis verletzen, dafür liefert die „Frankfurter Zeitung“ gleich mehrere Beispiele. Sie schreibt: Beim Postamt in Unna ist zwei Beamten plötzlich die Ausübung von Dienstgeschäften durch ihre vorgelegte Behörde untersagt worden. Die Beamten haben, wie mitgeteilt wird, das Telegraphengeheimnis verletzt und Nachrichten, die den Fernpost betreffen, für sich verwendet, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. In Dortmund und Selskirkchen sind zwei ähnliche Fälle vorgekommen. Einer dieser Fälle hat seinen Abschluß damit gefunden, daß der betreffende Beamte freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Sturmflug des Fliegers Panuschke. Am Dienstag, dem dritten Tage der gegenwärtig in Berlin abgehaltenen Herbstflugwoche konnten infolge des Sturmes, der schon in den Vormittagsstunden auf dem Flugplatz Johannisthal herrschte und sich am Nachmittag noch steigerte, die Konkurrenz nicht ausgetragen werden. Der Wind hatte, nach den Meldungen des Observatoriums in Lindenberg über den Boden eine Stärke von 20 bis 25, in Höhen von 500 bis 500 Metern eine Stärke von 25 bis 30 Metern. Die Felle am Eingang des Platzes, in denen mehrere Orademaschinen untergebracht waren, vermochten auf die Dauer dem Sturm nicht Trost zu bieten und wurden zum Teil schwer beschädigt. 15 Monteurs waren notwendig, um die Flugmaschinen, die vom Sturm fast vom Boden emporgewirbelt wurden, nach der Ballonhalle der Luftverkehrsgesellschaft zu bringen, wo sie zunächst unterkühlt wurden. Die wenigen Zuschauer, die trotz Regen und Wind auf das Feld hinausgekommen waren, betamen jedoch einen aufregenden Flug zu sehen. Der Flieger Panuschke, der bereits in den letzten Tagen trotz des starken Windes gute Leistungen gezeigt hatte, flog, obwohl er allgemein gewarnt wurde, auf. In der Nähe der Ballonhalle kam sein Eindecker gegen den Wind vom Boden los und wurde sofort von so heftigen Böen gepackt, daß die Maschine mehr durch die Kraft des Windes, als durch Verletzung der Steuerung in die Höhe gerissen wurde. In wenigen Augenblicken hatte Panuschke eine Höhe von 300 Metern erreicht. Obwohl der Motor der Maschine mit voller Tourenzahl lief, stand der Apparat in der Luft einige Sekunden fast still. Panuschke versuchte offenbar, niederzugehen, und verringerte schließlich die Tourenzahl des Motors. Durch dieses Manöver gewann aber der Wind, der in 300 Meter Höhe mindestens 25 Meter Sekundenstärke hatte, Oberhand über die Maschine und trieb sie, obwohl der Motor wieder mit voller Kraft dagegen arbeitete, rückwärts über das ganze Feld hinweg bis zu den Wäldschuppen. Der Eindecker schwante hin und

her und nur durch äußerste Anspannung der Verwindung gelang es dem Flieger, der in seiner gefährlichen Lage den Kopf nicht verlor, die Maschine im Gleichgewicht zu halten. Als der Sturm einen Augenblick nachzulassen schien, nutzte Panuschke die Gelegenheit aus und führte mit voller Motorkraft einen Gleitflug aus, um den ihn nach oben steigenden Luftströmungen zu entgehen. Es gelang ihm, unbeschädigt zu landen. Dem Flieger, der vollkommen erschöpft war, wurde von der Flugplatzleitung ein Preis von 1000 Mark zuerkannt.

Aus der Welt, in der man sich langweilt. Die Aufhebung eines Spielklubs, die vor einigen Tagen in Wiesbaden erfolgte, scheint sich zu einer großen Affäre auszuliefern. Wie die letzte Nummer des „Berliner Salon“ meldet, hielt der Klub keine Spielabende während der Wintersaison auch in Baden-Baden ab. Wie einträglich das Geschäft gewesen sein muß, geht schon daraus hervor, daß für die acht Tage in Baden-Baden 10 000 M. Miete gezahlt wurden. Die Villa, in der gespielt wurde, lag in unmittelbarer Nähe des Hotels Stephanie. Zu den Besuchern des Spielklubs gehörte auch eine große Reihe von Offizieren, die zum Teil große Summen verloren. Es handelt sich um denselben Klub, in dem vor drei Jahren Caruso erhebliche Verluste hatte. Der Manager des Klubs war ein Herr Calloso aus Paris, dessen Hauptstütze die in Berliner Revuekreisen wohlbekannte Käthe Hofenthal war, die jetzt die Witwe des finnischen Rittergutsbesizers Baron Furchheim ist. Zu dem Kreise gehörte auch ein Herr Racroiz, der an der Gründung des Berliner Travellerklubs beteiligt war, und ein Pariser Diamantenhändler Wilmesheimer, der Gatte einer früher am Trianon-Theater beschäftigten Schauspielerin. In dem Klub wurde jeden Abend gespielt. Große Verluste erlitten insbesondere einige bekannte Revuebaldamen und ein Berliner Großkaufmann, der eines Tages der Baronin Furchheim-Rosenthal mitteilte, es sei ihm gesagt worden, in dem Klub werde falsch gespielt. Die Baronin hat darauf die Beleibungslage angefragt, die schon in nächster Zeit vor dem Charlottenburger Schöffengericht zur Verhandlung kommt. Die Inhaber des Klubs sollen sich nicht mehr in Deutschland aufhalten.

Ein Bier durch Feuer zerstört. Ein Telegramm aus Philadelphia meldet: Eine Feuersbrunst zerstörte einen Bier, der von der Hamburg-Amerika-Linie und einer italienischen Linie benutzt wird. Der Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt.

In der Dampfkefexplosion bei New York. Von den bei der Explosion eines Dampfessels auf dem Torpedobootschiff der Waite-Verlesten sind zwei Mann gestorben.

Wir haben den Genossen Nadet erucht, seine — nicht nur von uns geschätzte — Mitarbeit an der „Vereiner Bürgerzeitung“ wieder aufzunehmen und freuen uns, mitteilen zu können, daß er dem entsprochen hat.

Bevor Nadet dem Genossen Penke nicht jene anrührenden Bekundungen ins Haus erweist, die er nach eigenem Jugendbündnis einem Krattauer Genossen zukommen ließ, wird dieser von seiner Vereinerung für ihn anscheinend nicht kurtiert.

Arbeiterbewegung.

Streik in einer Produktionsgenossenschaft.

Unter Pariser Korrespondent schreibt uns vom 30. September: In der genossenschaftlichen Glasfabrik von Albi ist ein Streik ausgebrochen, den die bürgerliche Presse Frankreichs ebenso „grundlos“ behandelt als ihn die „Humanität“ und die „Katale Synkretische“ vernachlässigen. Die genossenschaftliche Glasfabrik von Albi wurde im Jahre 1896 gegründet, um den Streikenden der Fabrik Messagier in Cormaux (dem Wahlkreis von Tournay) nach einem monatelangen, harten Kampf zu ermöglichen, erhöhten Lohnes wieder zur Arbeit gehen zu können. Sozialisten und Syndikalisten, bürgerliche Philantropen und Republikaner gaben das nötige Geld her (es war in der großen Dreifachperiode, in der viele Gegenstände zwischen republikanischen Bürgertum und sozialistischem Proletariat durch schließliche Kollapsen, vergänglichste Interessengemeinschaften und die allgegenwärtige Ueberredungskunst von Tournay vermittelt wurden). Die halbe Million war bald zusammen und am 31. Dezember 1896 wurde die erste Falsche gebildet. Die Schwierigkeiten waren groß, die anfangs überwinden werden mußten. Ganz andere Löhne gab es nur. Aber die Arbeiter legten sich die nötigen Opfer auf und schließlich gelang es auch das Werk in die Höhe zu bringen. In wenigen Jahren stieg die Glasfabrikproduktion von vierhundert auf neun Millionen. Dem ersten Ofen folgte ein zweiter, ein dritter und vor kurzem begann man mit dem Bau eines vierten. Aus dem Defizit, das man im Jahre 1897 verzeichnete wurde schon im Jahre 1898 ein Ueberschuß von 9000 Franken. Die Löhne wurden gesteigert, und die Disziplin schien sich leider zu gleicher Zeit zu lockern. Der allmählich beginnende Verfall, der sich in der Produktionsgenossenschaft, die mit der noch bestehenden kapitalistischen Welt rechnen mußte, immer größeren Hindernissen begegnete. Der etwa einem halben Jahre beschlossenen die „Mittleren“ und der Verwaltungsrat (Mitglieder der Generalkommission der französischen Gewerkschaften und der sozialistischen Partei) an die Spitze des Unternehmens einen tüchtigen Fachmann zu stellen, der zu gleicher Zeit noch den Vorzug hatte Sozialist zu sein, den Ingenieur Spinetta. Der neue Leiter führte sofort gewisse notwendige technische Reformen durch: der Verkauf des Albi-Unternehmens beschloß auch die innere Organisation völlig umzuändern, und in erster Linie die Arbeitslöhne gleichzumachen. Die hohen Löhne der Arbeiter, die 10—14 Frs. pro Tag verdienten, sollten herabgesetzt werden zu Gunsten der niedrigeren Löhne, die nur 3—4 Frs. betragen. Es ist nun gar kein Zweifel, daß diese Maßnahme nicht sehr glücklich war, und daß sich die Arbeiter, deren Arbeit zweifellos die aufreibendste ist, mit einem gewissen Recht dagegen wehrten. Aber die Spinettasche Vorstöße, die sowohl von den Syndikalisten wie von den Sozialisten des Verwaltungsrats aufgegeben wurden, waren auf einem so internen Plan aufgebaut, daß sie seitens der Arbeiter ernsthaft geprüft zu werden verdienten. Statt dessen erließen die Arbeiter, die sie in den Blick trafen würden, wenn Spinetta wirklich versuchen wollte seine Pläne durchzuführen. Sie wandten sich an die C. G. T., die ihnen Unrecht gab, wie es Genosse Tournay, den sie ebenfalls um Rat fragten, schon getan hatte. Trotzdem kam es zur Arbeitsunterbrechung der Arbeiter, was die Lahmung des gesamten Betriebes zur Folge hatte. Die Leitung erklärte den Streikenden, daß sie die Arbeit völlig ihrem Schicksal überließen und unter keinen Umständen an die bewohnte Macht appellieren würden, selbst wenn Sabotageversuche gemacht werden sollten. Die bürgerliche Presse hat sich natürlich begeistert auf diesen Streik gestürzt. „Seht Ihr, das Arbeiterbündnis ist keine Lösung des sozialen Problems“, frohlockte sie kindisch, und gibt sich den Anschein zu verweisen, daß Produktionsgenossenschaften innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sehr leicht in dieselben Konflikte geraten, wie jedes andere „bürgerliche“ Unternehmen. ... Nicht umsonst haben sehr viele Sozialisten vor der Gründung solcher Produktionsgenossenschaften gewarnt, besonders in einem Land wie Frankreich, in dem die notwendigen Vorbedingungen nicht einmal vorhanden sind: eine straffe Organisation der Arbeiterschaft und eine gründliche sozialistische Erziehung.

Am Mittwoch meldet ein bürgerliches Telegramm:

Die Arbeiter der Genossenschafts-Glasfabrik Albi beschloß die Wiederaufnahme der Arbeit mit großer Mehrheit für den Fall, daß sich der Aufsichtsrat zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit erklärt.

Wieder ein Vorstoß gegen die Gewerkschaften. In ihren Bemühungen, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln, lassen Preußen-Deutschlands Behörden nicht nach. Jetzt erhielt der erste Bevollmächtigte der Magdeburger Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Genosse Brandes, vom Magdeburger Polizeipräsidenten die Aufforderung, innerhalb zweier Wochen die Satzungen der Verwaltungsstelle, sowie ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder beim Polizeipräsidenten einzureichen. In der Aufforderung wird kurz und bündig behauptet: Die von Ihnen geleitete Verwaltungsstelle ... ist nach dem Inhalt und ihrer Tätigkeit ein selbständiger Verein und fällt unter die Bestimmungen des § 3 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908, da sie nach ihrer Tätigkeit auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Der Polizeipräsident droht eine Geldstrafe von 80 Mark an, falls der Aufforderung nicht entsprochen wird. Der Nachweis, daß die Verwaltungsstelle ein selbständiger Verein ist, der politische Zwecke verfolgt, wird dem Polizeipräsidenten wohl nicht leicht werden. Aber, was schade!

Ein neuer Vorstoß gegen den Bechenverband. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hatte vor Jahren einen Vertrag für eine Anzahl seiner Mitglieder gegen den Bechenverband durchgeföhrt, die durch das vom Bechenverband eingeleitete, inzwischen aber wieder fallen gelassene Schwarzgelehen-Entschluß auf längere Zeit ausgesperrt und somit finanziell schwer nachteilig worden waren. Dieser Vorstoß endete mit dem Ergebnis, daß der Vorstand des Bechenverbandes von beiden Gerichtsinstanzen verurteilt wurde, den Aussperrten den ihnen durch die Aussperrung über die sechste Woche hinaus erwachsenen Schaden zu ersetzen. Nach dem Streik im März d. J. sind wieder eine größere Anzahl Verbandsmitglieder auf Veranlassung des Bechenverbandes auf kürzere oder längere Zeit von der Arbeit auf dem vom Bechenverband gehörigen Werken ausgesperrt worden. Auf Veranlassung des Verbandsvorstandes haben diese Aussperrten eine Kollektivklage gegen den Bechenverband eingeleitet, um dessen Verurteilung zum Erfolg des ihnen durch die Aussperrung erwachsenen Schadens zu erreichen. Mit der Führung dieses Prozesses ist Rechtsanwalt Dr. jur. Persfeld in Essen betraut, der auch den ersten Vorstoß gegen den Bechenverband geführt hat.

Auf die Aufforderung des Verbandsvorstandes haben sich 255 Mitglieder gemeldet, deren Klageanspruch als berechtigt von der Verwaltungsstelle erachtet wurde und für die der Prozeß eingeleitet worden ist. Diese sind insgesamt 19.202 Tage oder durchschnittlich 40,4 Tage infolge der Aussperrung arbeitslos gemeldet.

Eine Massenlohnbewegung im Polzwerke. So heißt die durch verschiedene bürgerliche Zeitungen machte. Jemand, der anscheinend mit besonderer Vereinerung auf diesem Gebiete zu arbeiten versteht, hat entweder aus eigenem Interesse oder mit einem bestimmten Auftrag seine vorwärtige Meinung geäußert — um allerlei Ungerechtigkeiten und Unrichtigkeiten über die Verhältnisse des Polzwerkes in die Welt hinauszusprechen. Unfähig einer in der Berliner Jahressitzung des Polzarbeiterverbandes beschlossenen Vertagserhöhung ist darauf hingewiesen worden, daß im nächsten Jahre der Vertrag abläufe und bei dieser Gelegenheit wieder ernstliche Konflikte entstehen könnten. Diese im „Vorwärts“ wiederergegebene Bemerkung bildet nun den Anlaß, die Unzufriedenheit und besonders die beteiligten Unternehmer auf die schwarzen Pläne der Polzarbeiter und die von dieser Seite drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Es ist aber nichts daran wahr, daß die Polzarbeiter sich überhaupt schon mit Forderungen beschäftigt haben. Es kommen in allen Vertragorten zusammen höchstens 60.000 Polzarbeiter — nicht 800.000 — in Betracht. Die Städte Chemnitz, Adolphsdorf, Dresden, Tormund, Essen, Bremen gehören überhaupt nicht dazu.

Die Metallarbeiterbewegung im Bezirk Rön-Mühlheim a. Rh. macht ständig Fortschritte in ihren Erfolgen. In mehreren Fällen haben Firmen teils nach Bekanntwerden des Streikschlusses ihrer Arbeiter, teils nach ganz kurzem Ausstand die Minimalforderungen bewilligt, die in den Metallbetrieben der Gummifabrikation und der Maschinenbauindustrie Humboldt anerkannt worden sind. Zur Zeit schweben Verhandlungen mit dem Karlsruher der Westfalen Zellen-Gesellschaft in Mühlheim a. Rh. Zwei Massenversammlungen der Arbeiter dieser Fabrik schloß die Zugeständnisse der Firma als viel zu geringfügig ab. Die Erfolge der Bewegung spiegeln sich in folgenden Zahlen wieder: In 13 Betrieben mit 688 Arbeitern ist die 66stündige Arbeitswoche in 3 Betrieben mit 794 Arbeitern die 56 1/2stündige und in 10 Betrieben mit 7454 Arbeitern die 57stündige Arbeitswoche bewilligt, sodaß jetzt schon in 26 Betrieben mit 8016 Beschäftigten wöchentlich 21.879 Stunden weniger als vor der Bewegung gearbeitet wird bei gleichem Lohnentkommen der Arbeiter. Weitere Tarifabschlüsse stehen nahe bevor.

Eine schwere Niederlage haben die Christlichen in dem schwarzen Bamberg bei der Gewerbegerichtswahl erlitten. Ihre Liste brachte es auf 561 Stimmen, während die Liste der freien Gewerkschaften 1443 Stimmen erzielte. Von 18 Arbeitervereinigungen erhalten die Christlichen 5, die freien Gewerkschaften 13. Die Christlichen verlieren 143 Stimmen und 2 Beisitzer, die freien Gewerkschaften gewinnen 211 Stimmen und 2 Beisitzer. Die gewissenloseste Agitation hat die christliche Niederlage nicht aufhalten können. Das Ergebnis zeigt, daß die moderne Arbeiterbewegung auch in den schwarzen Domänen vorwärts schreitet.

Vom Eisenbahnerstreik in Spanien. Aus Barcelona wird gemeldet: Eine große Anzahl Angestellter, auch auf den nichtnationalen Linien, legten die Arbeit schon jetzt nieder, obwohl der Streik erst in der nächsten Woche beginnen sollte. Infolge des Eisenbahner-Ausstandes sammelten sich in Barcelona 20.000 Postpakete an. Es ist die Absendung eines Kriegsschiffes erbeten worden, um die Pakete nach Barcelona befördern zu können.

Die Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Meldung: Die aus Paris gemeldeten Streikereise in Barcelona und Katalona sind direkt erstanden. Ueberall herrscht die größte Ruhe. Die Streikenden verhalten sich musterhaft ruhig. Der Streik selbst findet große Sympathie. Allgemein ist man der Ansicht, daß Frankreich, da die Hauptstationäre Pariser Banken sind, abzüglich Schwierigkeiten zu bereiten. Ein allgemeiner Eisenbahnerausstand ist für den 9. Oktober beschlossen. Täglich verkehren Züge nach allen Richtungen, wenn auch mit großen Verspätungen. Kohlen, Holz, Lebensmittel und Baumwolle kommen zu Lande und zu Wasser an und werden verhandelt.

Aus Oberschlesien.

Die Blauen in Oberschlesien.

Seit dem 1. Oktober hat im Amtsbezirk Zabrze-Zaborze die königliche Polizei ihren Einzug gehalten. Bis jetzt sind natürlich die blauen uniformierten Schutzleute Gegenstand der allgemeinen Beachtung, bis man sich an die veränderte Uniform gewöhnt haben wird. Als Neuerung ist die Einführung eines Gefangenentransportwagens zu begrüßen. Bis jetzt wurde jeder Gefangene, ganz gleich ob unschuldig oder schuldig vom Polizisten abgeführt. Die übrigen Possnungen, die gewisse Kreise an die Einführung der „Königlichen“ knüpfen, wonach nun mit einem Male dem Verbrechertum in Oberschlesien ein Ende gemacht wird, können sich naturgemäß nicht erfüllen, solange die Polizei in Oberschlesien nicht ganz zentralisiert und was die Hauptsache ist, wenn die soziale Lage der Bevölkerung nicht eine andere wird. Politische Bevormundung, geistige Knechtschaft durch das Zentrum müssen erst radikal beseitigt werden, ehe Oberschlesien in der Zahl der Kriminalfälle den übrigen Regierungsbezirken gleichgestellt werden kann.

Beuthen OZ, 3. Oktober. Ehenfale. Der Hohenarbeiter Josef Kleng aus Königsgrube hatte sich in den letzten Jahren in schwerer verbrecherischer Weise an seiner noch die Schule behühenden Tochter vergangen und das unglückliche Kind auch seinem Schwager, dem Werksarbeiter Johann Broja aus Königsgrube, zu unethischen Zwecken zugänglich gemacht. Die beiden Männer wurden jetzt vor der hiesigen Strafammer zur Verantwortung gezogen und Kleng zu drei Jahren Zuchthaus, Broja zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Gleiwitz, 3. Oktober. Zum Bürgermeisterwechsel. In einer außerordentlichen Sitzung der städtischen Körperschaften von Gleiwitz wurde am Dienstagabend durch den Regierungspräsidenten von Schwerin aus Dypeln der zum Ersten Bürgermeister gewählte bisherige Zweite Bürgermeister Diethe in sein Amt eingeföhrt.

Ratibor, 2. Oktober. Strafverletzung? Wie die „Ratib.“ meldet, hat der Amtsrichter Knittel seine Verletzung nach Reife als Landrichter erhalten.

Dypeln, 3. Oktober. Ein schreckliches Unglück ereignete sich Dienstag am helllichten Tage auf der Hauptstraße des Städtchens Satrian. Der 18-jährige auf eine Hand gelähmte Theodor Walejts, Sohn einer Witwe, verfiel nachmittags gegen 3 1/2 Uhr in Krämpfe und stürzte in den Kot des Strahengrabens, wodurch er den Tod des Ersticken fand. Wegen 4 Uhr wurde die Leiche gefunden.

Zaborze, 3. Oktober. Ein Todessturz. Der Klempner-Geselle Mufscholl war Dienstag mit Dachdeckerarbeiten auf dem Krankenhaus „St. Josefsstift“ beschäftigt. Hierbei stürzte er ab und brach das Genick. Er war auf der Stelle tot.

Zaborze, 3. Oktober. Gefahren der Grube. Auf Castellengrube wurde der Pauer Karl Dzietlik durch her-

anrührende Kohlenmassen schwer verletzt. An seinem Aufkommen wird gewweifelt.

Wylowitz, 3. Oktober. Raubüberfall. Schon wieder ist in unserem Industriebezirk ein Passenraub verübt worden. Auch in diesem Falle ist der Täter ein Ausländer, der aber bald nach dem Ueberfall ergriffen werden konnte. Ueber diesen neuesten Raubraub wird folgendes gemeldet:

Dienstagabend um 7 1/2 Uhr erschien in dem Wäckerladen von Kraus am Ringe ein gut gekleideter, fremder Mann, der Sprache und dem Aussehen nach ein Russe. Er kaufte einige Kleinigkeiten und schickte sich plötzlich auf die Kasse unter dem Ladentisch, die er dem ganz verblüfften Wäckermeister mit Gewalt entriß. Mit dem Raube ergriff er die Flucht. Auf das Hillegeschrei des Ueberfallenen wurden Passanten aufmerksam und es entspann sich eine wilde Jagd nach dem Verbrecher. Es gelang schließlich den Bemühungen einiger beherzter Leute, den Banditen zu ergreifen, worauf er sofort von der Polizei in sicheren Gewahrsam gebracht wurde. Der Räuber ist im Wylowitzher Gerichtsgefängnis inhaftiert. Seine Personalien stehen noch nicht fest.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags nur v. 18—1 Uhr Mittags.

Schriftliche Zuschrift wird nur annehmbarerweise erlitten.

2. Wölferstraße. Der Wirt hat Ihnen darüber gar nichts zu sagen: Sie können die Schwägerin in der Wohnung behalten.

6. S. 41. 1. Ein Grund zur Scheidung ist nicht vorhanden. 2. Der Mann könnte nur bestraft werden, wenn er Gewalt angewendet hat, sonst nicht. 3. Es müßte eine Klage auf Aufhebung der Ehegatschaft des Kindes eingereicht werden. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt.

6. S. 16. Schreiben Sie an den Stadtrat von Chemnitz, auch an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates M. Schmidt in Chemnitz, Rindauerstraße 152, damit Ihnen Kleber die Adresse des Steinseger-Vorsitzenden angibt.

M. Neustadt OZ. Nach § 109 der Landgemeindeordnung und § 45 der Städteordnung sind die Sitzungen der Gemeindevertretungen und der Stadtverordnetenversammlungen öffentlich. Für einzelne Gegenstände kann aber durch besonderen Beschluß, der in geheimer Sitzung zu fassen ist, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

M. Neustadt. Da nur die Mutter des Verstorbenen lebt, erben auch seine Geschwister, zu denen Ihre Frau zählt. Die Mutter erhält die eine Hälfte, die andere fällt zu gleichen Teilen an die Geschwister. (§ 1925 des B. G. B.)

Bestimmungen der städtischen Markt-Notierungskommission.

Dreslau, den 2. Oktober.	gute		mittlere		geringe	
	Metzger	Wohlfühler	Metzger	Wohlfühler	Metzger	Wohlfühler
Wolffschäfer, welcher	20 20	19 20	19 20	18 19	18 20	17 20
Wolffschäfer, gelber	20 19	19 20	19 10	18 20	18 19	17 20
Blangen	16 20	14 20	16 20	16 20	16 20	16 20
Pragergäse	19 20	18 20	18 20	17 20	—	—
Wolffschäfer	16 20	16 20	16 20	16 20	16 20	16 20
Wolffschäfer, alter	20 20	20 20	20 20	19 20	19 20	19 20
Wolffschäfer, neuer	17 20	17 20	16 20	16 20	16 20	16 20
Wolffschäfer, junger	25 20	25 20	25 20	21 20	21 20	19 20
Wolffschäfer	21 20	21 20	19 20	19 20	19 20	17 20
Wolffschäfer	28 20	—	27 20	—	27 20	—

Den 100 Rgr. neues 68—73 Mt.
Den 100 Rgr. alter 68—73 Mt.
Den 100 Rgr. alter 68—73 Mt.
Den 100 Rgr. alter 68—73 Mt.

Wolffschäfer Schlachtwert. Amtlicher Bericht über den Haupttriebmax am 2. Oktober. Der amtliche Bericht: 84 Rinder, 2188 Schweine, 814 Rinder, 79 Schafe. Ueberstand vom vorigen Marke waren: 9 Rinder, 147 Schweine, 2 Rinder, 46 Schafe.

Es wurden geschlachtet 50 Kilogramm:

Arten	Arten	Schlachtgewicht	Schlachtgewicht
I. Rinder	A. Ochsen:	49—52	86—91
Wolffschäfer, ausgewählter Ochsen höchsten Schlachtwerts, die noch nicht geschlachtet haben (ungeföhrt)	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 4 bis 7 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 8 bis 10 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 11 bis 13 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 14 bis 16 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 17 bis 19 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 20 bis 22 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 23 bis 25 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 26 bis 28 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 29 bis 31 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 32 bis 34 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 35 bis 37 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 38 bis 40 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 41 bis 43 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 44 bis 46 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 47 bis 49 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 50 bis 52 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 53 bis 55 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 56 bis 58 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 59 bis 61 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 62 bis 64 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 65 bis 67 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 68 bis 70 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 71 bis 73 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 74 bis 76 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 77 bis 79 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 80 bis 82 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 83 bis 85 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 86 bis 88 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 89 bis 91 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 92 bis 94 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 95 bis 97 Jahren	—	—	—
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 98 bis 100 Jahren	—	—	—

III. Schafe. A. Stammesweise:
Wolffschäfer und jüngere Mastschafe ... 47—50 ... 94—108
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 1 bis 3 Jahren ... 38—43 ... 83—93
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 4 bis 6 Jahren ... 26—32 ... 62—75

IV. Schweine:
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 1 bis 3 Jahren ... 66—68 ... 83—88
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 4 bis 6 Jahren ... 63—65 ... 81—83
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 7 bis 9 Jahren ... 58—62 ... 72—82
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 10 bis 12 Jahren ... 56—58 ... 75—77
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 13 bis 15 Jahren ... 57—60 ... 74—78
Wolffschäfer, ausgewählter, im Alter von 16 bis 18 Jahren ... 72 ... 88

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 3. Oktober:
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 8 1/2—9 1/2 Uhr im Zimmer 2.

Sonabend, den 5. Oktober:
Arbeiter-Sperantisten. Abends 8 Uhr im Zimmer 6.

Montag, den 7. Oktober:
Arbeiter-Sängerbund. Ausschuß-Sitzung abends 8 Uhr im Zimmer 2.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 8 1/2—9 1/2 Uhr im Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land) Neumarkt.

Land-Distrikt 9 (Groß-Mochbern). Donnerstag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, bei Schreier in Groß-Mochbern: Frauen-Abend. Die wichtige Tagesordnung wird in der Bersammlung bekannt gegeben. Die Mitgliedsbücher und die Lieberbücher sind mitzubringen.

Land-Distrikt 13 (Oltaschin, Wotzsch und Wessig). Donnerstag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, bei Jaksche in Oltaschin: Distrikts-Bersammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ch. Wolff aus Schönborn. 2. Wahl eines stellvertretenden Distriktsführers. 3. Einführung eines Inhaftiertenfonds. 4. Verschiedenes.